

HUGO JENSCH - HEINZ RIEGER †

Rote Fahne über Pirna

Ein Beitrag zum 40. Jahrestag der Novemberrevolution
 Herausgegeben von der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung des Kreises Pirna
 Umschlaggestaltung: Herbert Wirthgen
 Pirna 1958

Vollständig überarbeitet: Februar 2003

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkungen	1
DIE ARBEITERBEWEGUNG IM ERSTEN WELTKRIEG	2
Der 4. August 1914 – Die Zustimmung zu den Kriegskrediten	2
Zur Tätigkeit der Linken	4
Die Pirnaer Arbeiterbewegung in den ersten Kriegsjahren	4
Die Auswirkungen der Februarrevolution 1917 in Rußland	5
Die Bildung der USPD und die Spartakusgruppe	5
Die Auswirkungen der Februarrevolution auf Pirna	6
Die Auswirkungen der russischen Oktoberrevolution 1917 und der Januarstreik 1918	7
Der Januarstreik 1918 in Pirna	7
Die Novemberrevolution	9
Im Das Heranreifen der Novemberrevolution	9
Der Spartakusbund bereitet die Revolution vor	10
Der Ausbruch der Novemberrevolution	11
Der 9. November in Pirna	12
Die Entwicklung im Reich und im Land Sachsen in den Monaten November und Dezember	13
Rätemacht oder bürgerlicher Parlamentarismus	13
Der Arbeiter- und Soldatenrat Pirna in den Monaten November und Dezember	15
Die Machtverhältnisse nach der Bildung des Arbeiter- und Soldatenrates in Pirna	15
Die Tätigkeit des Arbeiter- und Soldatenrates Pirna bis Ende November -der „Flaggenstreit“	16
Die Entwicklung bis Ende Dezember - Putschversuch des Soldatenrates	17
Die Gründung der KPD	19
Die Anfänge der KPD in Pirna	21
DIE JANUARKÄMPFE 1919	22
„FREIE WAHLEN“	24
Der Arbeiter- und Soldatenrat in Pirna bis zur Besetzung der Stadt am 24. 3. Der Generalstreik am 24. 2. - Fragen der Sozialisierung	25
Nachbemerkung	29
Archivmaterialien	29
Sächsisches Landeshauptarchiv:	29
Stadtarchiv Pirna:	29
Übersicht über die verwendete Literatur	29
Stimmen zur Novemberrevolution	30

Vorbemerkungen

Wir schrieben diese Arbeit im Auftrage der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung im Kreise Pirna. Neben den in Anmerkungen und im Anhang angeführten Quellen stützten wir uns auf die Aussagen von Veteranen der Partei. Diese Aussagen sind in drei umfangreichen Tonband-Protokollen festgehalten und abgeschrieben worden. Sie befinden sich bei der oben genannten Kommission. Besonders sind wir Richard Horx, Willy Jost, Robert Klett, Max Ramm, Paul Rohnstock, Otto Wehner und Karl Winkler zu Dank verpflichtet. Sie gaben uns mit ihren Mitteilungen unentbehrliches Material, ohne sie wäre diese Arbeit nicht möglich gewesen. Ebenso danken wir Otto Pohley, der uns als Leiter des Stadtarchivs Pirna wertvolle Hinweise für das Materialstudium gab.

Bei aller Fülle weisen die Quellen und daher natürlich auch unsere Arbeit wesentliche Lücken auf.

Pirna, 30. Juli 1958

Hugo Jensch • Heinz Rieger

DIE ARBEITERBEWEGUNG IM ERSTEN WELTKRIEG

Der 4. August 1914 – Die Zustimmung zu den Kriegskrediten

„Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind in den beteiligten Ländern die Arbeiter und ihre parlamentarischen Vertreter verpflichtet, ...alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch eines Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern. Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“¹ Mit diesem Beschluß, gefaßt 1907 in Stuttgart, bestätigt auf den Kongressen in Kopenhagen 1910 und in Basel 1912, war die Stellung der Parteien der II. Internationale zum imperialistischen Krieg eindeutig umrissen. Bis zum Vortage des Kriegsausbruches nahmen der Parteivorstand der SPD und der „Vorwärts“, das Zentralorgan der Partei, in scharfen Worten Stellung gegen den „Machtkitzel der österreichischen Gewalthaber“, gegen die „imperialistischen Profitinteressen“. Sie riefen den Arbeitern zu: „Die herrschenden Klassen, die Euch in Frieden knebeln, verachten, ausnutzen, wollen Euch als Kanonenfutter mißbrauchen. Überall muß den Gewalthabern in den Ohren klingen: Wir wollen keinen Krieg! Nieder mit dem Krieg! Hoch die internationale Völkerverbündung!“²

Am 29. Juli 1914 sprach der Vorsitzende der SPD-Reichstagsfraktion Hugo Haase noch auf dem internationalen Meeting in Brüssel gegen den Krieg, noch am 31. Juli verhandelte Hermann Müller mit den französischen Sozialisten in Paris über gemeinsame Antikriegsaktionen.

All das entlarvte sich aber bald als hohle Phrase. Bei allen großen und erhebenden Worten gegen den Krieg unterließen es die führenden SPD-Politiker, den Massen zu sagen, was sie konkret im Falle eines zu erwartenden Kriegsausbruchs tun sollten. Nur die Linken bemühten sich hartnäckig und ehrlich um die Mobilisierung der Massen gegen den imperialistischen Krieg. Aus der Gewerkschaftsspitze und im Parteivorstand waren aber schon 1913 ganz andere Worte zu vernehmen: „Die Kriegsfrage ist kein prinzipielles, sondern ein taktisches Problem. Es gilt für das Proletariat der einzelnen Länder abzuwägen, ob der Krieg Vorteile bringen könnte oder nicht und danach ist ihr Verhalten einzurichten.“³

Unmittelbar vor Kriegsbeginn beruhigten Führer des rechten Flügels der SPD in Verhandlungen Mitglieder der kaiserlichen Regierung so weit, daß der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg am 30. Juli 1914 im preußischen Kabinett mitteilen konnte: „Von einem Generalstreik oder Partialstreik oder Sabotage werde keine Rede sein.“⁴ Sie fielen damit der deutschen Arbeiterklasse und ihrer eigenen Partei in den Rücken, leiteten den schmachlichsten Verrat in der Geschichte der Arbeiterbewegung ein, mit dem sie ganz offen zu Partnern der aggressiv-nationalistischen Kräfte im deutschen Kaiserreich wurden.

Hier liegt der eigentliche Anfang der tiefen und auf Dauer nicht überwundenen Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung. Er ist mit einem exakten Datum bestimmbar: **4. August 1914**.

An diesem Tage stimmte der Reichstag über die erste Rate der Kriegskredite ab. In der Fraktionssitzung der SPD waren 15 Abgeordnete (Linke und Zentristen) gegen, 78 für die Bewilligung der Kriegskredite. Bei der Abstimmung in der Plenarsitzung unterwarfen sich alle Mitglieder dem Fraktionszwang und bewilligten der kaiserlichen Regierung die Mittel für den organisierten Massenmord.⁵ Wie dünn war doch das Feigenblatt, mit dem Hugo Haase als Sprecher der SPD den Verrat am proletarischen Internationalismus, an der eigenen Arbeiterklasse zu bedecken suchte: „Für unser Volk und seine freiheitliche Zukunft steht bei einem Sieg des russischen Despotismus, der sich mit dem Blute der Besten des eigenen Volkes befleckt hat, viel, wenn nicht alles auf dem Spiel. Es gilt, diese Gefahr abzuwenden, die Kultur und Unabhängigkeit unseres eigenen Landes sicherzustellen. Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich!“⁶

Diese zutiefst verlogene Argumentation konnte nicht überzeugen..

Die Differenzierung zwischen linken, zentristisch-reformistischen rechts-revisionistischen Kräften in der Sozialdemokratie war spätestens seit dem Dresdner Parteitag von 1903 offenbar. Maßgebende Kräfte in der Partei verabschiedeten sich Zug um Zug von marxistischen Positionen, revolutionären Zielsetzungen, von klassenkämpferischer Haltung. Diese Entwicklung beschreibt Fritz Fischer so:

¹ Aus der Resolution des Kongresses der II. Internationale in Stuttgart 1907. Zitiert nach: Geschichte der Arbeiterbewegung. Berlin 1966, Bd. 2, S. 132/133.

² Nach Albert Schreiner, „Zur Geschichte der deutschen Außenpolitik 1871-1945“, Bd. 1, Berlin 1952, S. 343.

³ Gustav Bauer vor der SPD-Reichstagsfraktion am 29.11.1913 (zitiert nach Rintelen, Links blinken und rechts abbiegen. In: Zwecklegenden. Die SPD und das Scheitern der Arbeiterbewegung. Berlin 1996, S. 59). Dort auch die ganze Rede Bauers.

⁴ Schreiner, a.a.O., S. 345.

⁵ Auch Karl Liebknecht unterwarf sich hier noch einmal der rechten Mehrheit in der Fraktion, folgte aber bei allen anderen Abstimmungen seinem revolutionären Gewissen.

⁶ Ebenda, S. 347.

„Der Sozialdemokratie begegnete der Staat auch nach dem Ende des Sozialistengesetzes noch immer mit Repression durch Verwaltung und Justiz; dennoch konnte sie ihre Position seit der Jahrhundertwende nachhaltig verstärken, ihr sozialrevolutionärer Flügel wurde dabei zurückgedrängt. Mit dem Reformismus, dem Anwachsen der Gewerkschaften und dem Fortwirken kleinbürgerlich-handwerklicher Traditionen kam es zu einer gewissen Assimilierung der bis dahin als Subkultur und Gegenkultur existierenden Partei an die bestehende Gesellschaft, was ihre Entscheidung vom 4. August 1914, für die Kriegskredite zu stimmen, erst verständlich macht.“⁷

Bewilligte man aber Kriegskredite, dann war damit auch die Billigung des Krieges verbunden und es erhob sich die Frage, um welcher Ziele willen der Krieg geführt werden sollte. Darüber hatte am 4. August noch Still-schweigen aus mehreren Gründen zu herrschen. Fischer gibt uns Einblick in die Abstimmung am 4. August:

„Die deutsche Regierung konnte ihren Wunsch nach Gewinn aus dem Kriege oder zumindest ihre Absicht, sich freie Hand für den Fall eines günstigen Kriegsausganges zu wahren, nicht öffentlich aussprechen, sondern mußte vor der Weltöffentlichkeit wie vor dem eigenen Volk eine Haltung einnehmen, die der feierlichen Proklamation des Verteidigungskrieges entsprach. Das war besonders im Hinblick auf die Sozialdemokratie erforderlich, die seit 1912 die stärkste Partei im Reichstag und zusammen mit den sozialistischen Gewerkschaften die größte Massenorganisation des kaiserlichen Deutschland war. Ohne die SPD und die von ihr geführte Arbeiterschaft war der Krieg nicht zu führen. Die Mobilisierung der antizaristischen Affekte innerhalb der Sozialdemokratie war deshalb so wichtig, um die nationale Einheitsfront des 4. August 1914 herstellen zu können. In der Tat konnte Bethmann Hollweg schon vor Kriegsausbruch am 30. Juli vor dem preußischen Staatsministerium in einem Bericht über die allseits „gute Stimmung“ beruhigt feststellen, dass ‚auch von der Sozialdemokratie und dem sozialdemokratischen Parteivorstand nichts Besonderes zu befürchten (sei), wie er aus Verhandlungen mit dem Reichstagsabgeordneten Südekum glaube schließen zu können. Von einem Generalstreik oder Partialstreik oder Sabotage werde keine Rede sein.‘

Zumindest die Konservativen hatten von vornherein den festen Willen, Eroberungen durch den Krieg nicht auszuschließen. Die Sozialdemokraten, die auf Grund ihrer Sonderstellung im Wilhelminischen Staat als einzige Partei am 4. August im Reichstag das Wort erhalten sollten, beabsichtigten, in der von dem Vorsitzenden der Partei und der Reichstagsfraktion, Hugo Haase, verlesenen Erklärung einen Passus zu bringen, der den Widerstand der SPD gegen jeden Versuch ankündigen sollte, aus dem Konflikt einen Eroberungskrieg zu machen. In langwierigen Verhandlungen der bürgerlichen Parteien der Regierung und der Sozialdemokraten zwang der Sprecher der Konservativen, Graf Westarp, die SPD zur Revision ihrer Haltung, indem er damit drohte, er werde, falls eine solche Erklärung abgegeben würde, eine Gegenrede halten, die sich nach Lage der Dinge nur gegen den „unmöglichen und nach außen hin schädlichen Passus“ über den Eroberungskrieg hätte richten können. Die SPD-Fraktion verzichtete infolgedessen auf diesen Absatz und begnügte sich mit einer vagen Feststellung, daß der Friede nach Sicherung der deutschen Grenze gegen den äußeren Gegner wiederhergestellt werden müsse. Alle künftigen Spannungen innerhalb der Sozialdemokratie, die durch das Zusammenspiel ihres rechten Flügels mit dem Kanzler später zur offenen Spaltung führten, sind hier schon angelegt.

Das Zurückweichen der Sozialdemokratie am 4. August in der Kriegszielfrage ermöglichte erst die nationale Einheitsfront des Burgfriedens und ersparte es dem Reichskanzler, schon zu diesem Zeitpunkt Stellung in der Annexionsfrage beziehen zu müssen.

Aus Rücksicht auf die deutsche Arbeiterschaft wie auf das Ausland verbot Bethmann Hollweg Ende 1914 die öffentliche Kriegszieldebatte in Deutschland.⁸

Überall im Lande waren nach dem 4. August die einfachen Mitglieder, die Arbeiter, erschüttert, nahmen sie die Zustimmung ihrer Abgeordneten zum Krieg mit Verbitterung und innerer Abwehr auf. Von der eigenen Führung verraten und verlassen, folgten sie den Gestellungsbefehlen, die zum Mord am Klassenbruder auf der anderen Seite der Front riefen. Tief war die Kluft, die hier zwischen Führung und proletarischer Mitgliedschaft aufgerissen wurde, und schwer der Weg aus dieser Katastrophe der Arbeiterbewegung herauszufinden.

Erst als Karl Liebknechts am 2. Dezember 1914 als einziger Reichstagsabgeordneter die Kriegskredite ablehnte erhielten klassenbewußte Arbeiter ein Signal zum Sammeln gegen den „Feind im eigenen Land“, zum „Burgkrieg“.

Die „Kaisersozialisten“ Südekum, David, Ebert, Scheidemann, u. a. versuchten aber, jede Opposition in den eigenen Reihen zu unterdrücken. Sie unternahmen alles, um die gesamte sozialdemokratische Presse, die parlamentarischen Vertretungen und alle Organisationen nach ihrem Willen „gleichzuschalten“. Sie waren dabei in der Wahl der Mittel nicht sehr wählerisch. Selbst Kautsky schrieb jammernd am 11. Februar 1915 an Viktor Adler, daß

„die David und die Gewerkschafter glauben, der Moment sei günstig, die Partei von allem ‚Marxismus‘ zu reinigen. Uns einfach hinauszuerwerfen, dürfte ihnen schwer fallen, aber sie dominieren den Vorstand

⁷ Fritz Fischer, Bündnis der Eliten. Düsseldorf 1998, S. 14.

⁸ Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18. Düsseldorf 2000, S. 88/89.

und besetzen eine Position nach der anderen mit ihren Leuten. Dabei gehen sie mit einem rücksichtslosen Terrorismus vor, der sich schwer ertragen läßt. Natürlich wollen sie nicht die Spaltung, aber die Beherrschung des ganzen Parteiapparates und unsere Verurteilung zu stummen Hunden.“⁹

Diese Partei, oder besser gesagt ihre Führung, genoß das Wohlwollen und den Schutz der kaiserlichen Regierung. Wilhelm II. konnte denn auch befriedigt feststellen: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche!“ Wer gegen die Burgfriedenspolitiker in Opposition stand, begab sich von vornherein in schroffen Gegensatz zum imperialistischen Krieg, zur kaiserlichen Regierung, zur geheiligten bürgerlich-junkerlichen Ordnung.

Zur Tätigkeit der Linken

So war es unendlich schwer, die linken Kräfte in Deutschland während des Kriegszustandes zu sammeln. Linke Bewegungen erschienen von vornherein anrührig. Die deutschen revolutionären Internationalisten wirkten zunächst propagandistisch, allen voran Karl Liebknecht. 1915 erschien das erste und einzige Heft der Zeitschrift „Internationale“, Organ der Gruppe Internationale, der späteren Spartakusgruppe. Ferner erschienen die Wochenzeitung „Sozialdemokrat“ (Fritz Westmeyer - Stuttgart), die „Arbeiterpolitik“ (Gruppe der Internationalisten unter Führung von Johann Knief - Bremer Linke), „Der Kampf“ (Niederrhein - Wilhelm Pieck), die „Lichtstrahlen“ (Julian Borchardt - Berlin) u. a. Außerdem erschienen in unregelmäßiger Folge Flugblätter. Die „Spartakusbriefe“ fanden 1916-18 immer weitere Verbreitung. Diese Propaganda zeigte den von der rechten Führung im Stich gelassenen Arbeitern den Weg zum Kampf gegen Imperialismus und Krieg, den Weg zur Verwirklichung der Antikriegsbeschlüsse der Kongresse der II. Internationale. Sie schuf die ideologischen Voraussetzungen zur Loslösung von den „Scheidemännern“. Zunächst jedoch strahlte die Arbeit der Linken noch nicht sehr weit aus. Die Rechten beherrschten die Organisationen, sie besaßen die meisten Zeitungen, ihnen fiel es leichter in die Arbeiterwohnungen vorzudringen, sie arbeiteten ja auch völlig legal. So äußerte sich der Protest von unten anfangs in Akten der bloßen Abwehr gegenüber den Sozialchauvinisten. Viele einfache Mitglieder der SPD stellten die Zahlung der Mitgliedsbeiträge ein oder bezogen nicht mehr die offiziellen Presseorgane der Partei. Sie folgten damit den Aufrufen der Spartakusgruppe zur Beitragssperre.

Die Pirnaer Arbeiterbewegung in den ersten Kriegsjahren

Für ein derartiges Verhalten gibt es auch in Pirna Anzeichen. Vor allem wurde die hiesige Arbeiterbewegung stark durch Otto Rühle beeinflusst, der seit 1912 Pirna (den 8. sächsischen Reichstagswahlkreis) im Reichstag vertrat. Als am 20. März 1915 Karl Liebknecht wiederum im Reichstag gegen die Kriegskredite stimmte, fand Otto Rühle den Mut, sich ihm anzuschließen. In einer Versammlung in Pirna legte er darüber Rechenschaft ab. Die versammelten Genossen erklärten sich mit dem Verhalten ihres Abgeordneten solidarisch! Deutlich erkennbar ist hier der Ruck nach links, die Ablehnung der Politik des 4. August 1914 durch die Pirnaer Sozialdemokraten.

So ist es auch nicht verwunderlich, daß wir unter dem Protestschreiben oppositioneller Sozialdemokraten vom 9. Juni 1915 an den Vorstand der SPD und an den Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gegen die Burgfriedenspolitik, das von Karl Liebknecht entworfen worden war, neben vielen Unterschriften von Einzelpersonen und nur vier geschlossen unterzeichnenden Vorständen von Kreisparteiorganisationen auch die des Gesamtvorstandes des 8. sächsischen Reichstagswahlkreises Pirna finden. Ferner wurde es unterzeichnet von Kimmich, Piesche, Seemann und Patzsch, Vorstandsmitglieder des Gewerkschaftskartells Mügeln.¹⁰

Im 12. Januar 1916 veröffentlichte der „Vorwärts“ einen Brief Rühles, in dem dieser offen die Notwendigkeit der Spaltung, der organisatorischen Trennung der Linken von den Opportunisten in der Sozialdemokratie darlegte.¹¹

In der „Pirnaer Volkszeitung“ war davon schon einige Tage zuvor die Rede. Rühle schrieb dort: „Ich weiß, daß in der Partei viele Tausende mit mir die Spaltung der Fraktion sehnlichst herbeiwünschen, daß sie das nun eingetretene Ereignis¹² als einen verheißungsvollen Aufschwung der Kraft unserer Partei aus tiefer und unwürdiger Ohnmacht begrüßen, ja, daß sie die unausbleibliche Spaltung der Partei zur Vorbedingung für ihre fernere Betätigung als Kämpfer in den Reihen der Sozialdemokratie machen. Für sie alle wie für mich selbst bedeutet die Spaltung der Fraktion einen Akt befreiender Aufrichtigkeit, ein Offenbarwerden eines längst vorhandenen, aber stets verheimlichten Zustandes, ein freimütiges Bekenntnis zu dem, was ist.“¹³

⁹ Walther Bartel, „Die Linken in der deutschen Sozialdemokratie im Kampf gegen Militarismus und Krieg“, Berlin 1958, S. 219.

¹⁰ Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ Reihe II, Bd. I, Berlin 1958, S. 169-185 (176, 184!).

¹¹ Der Brief ist veröffentlicht in „Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ Reihe II, Bd. I, S. 301-305.

¹² Gemeint ist die Ablehnung der Kriegskredite am 21. Dezember 1915 durch 20 Abgeordnete der SPD-Fraktion im Reichstag, wobei sich weitere 24 Abgeordnete in der Fraktionssitzung gegen die Kriegskredite wandten, der Abstimmung jedoch fernblieben.

¹³ Dr. Richard Berger, „Fraktionsspaltung und Parteikrise in der deutschen Sozialdemokratie“, M.-Gladbach 1916, S. 20. (Nach der „Frankfurter Zeitung“ vom 10. Januar 1916).

Am 14. Januar 1916 teilte Rühle dem Fraktionsvorstand der SPD seinen Austritt aus der Fraktion mit, nachdem dieser Karl Liebknicht am 12. Januar ausgeschlossen hatte.¹⁴

In einer Funktionärskonferenz am 30. April 1916 in Pirna unterbreitete Rühle den Anwesenden eine Resolution, die sich gegen die Haltung der rechten Führer wandte und für Antikriegsdemonstrationen und Streiks gegen die kaiserlich-imperialistische Regierung aussprach. Von 80 Teilnehmern stimmten nur 5 gegen die Verurteilung der SPD-Führung und eine Trennung von ihr.¹⁵

Leider lassen sich über die Ereignisse während der Kriegsjahre nicht mehr viele Einzelheiten nachweisen. Die Quellen sind spärlich. Selbstverständlich lag der Regierung damals gar nichts daran, solche Beispiele der innerpolitischen Gärung an die große Glocke zu hängen (zur Nachahmung womöglich).

Berichte von Parteiveteranen lassen aber darauf schließen, daß sich seit 1915 Gruppen von oppositionellen Mitgliedern zusammenfanden, miteinander diskutierten und sich Informationen verschafften. Später erhielten sie Flugblätter und Briefe der Spartakusgruppe, die sie heimlich verteilten oder auch durch ihre Kinder verteilen ließen, die damit schon frühzeitig in die revolutionäre Bewegung hineinwuchsen. In diesen Gruppen bahnte sich die organisatorische Trennung von den Rechten an.

Pirna auf der Reichskonferenz der Spartakusgruppe am 19. März 1916 in Berlin vertreten (unter 17 Vertretern von Reichstagswahlkreisen) (Rühle ?). QU.: Fricke, 1987, 389.

Franz Rosteck, Teilnehmer an der Jenaer Jugendkonferenz am 23./24.4.1916 in Jena (Ostern).

Aus Dresden: Otto Rühle, Erich u. Felix Lewinsohn u.a.

Qu.: Fricke, 1987, 490.

Hermann Fleißner vertritt die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft bei der II. Internationalen Sozialistischen Konferenz in Kienthal (Schweiz) 24.-30.4.1916. Q.: Fricke 1987, ?

14.11.1916: Die AHM Pirna an das MdI: Am gleichen Tage hat eine Demonstration stattgefunden. Auf vorherige Verabredung haben sich 150 Frauen mit Kindern vor der Geschäftsstelle des Konsumvereins versammelt und sind geschlossen nach der 5 Minuten entfernten Amtshauptmannschaft gezogen. 6 Frauen wurden vorgelassen. Sie beklagten sich über den Mangel an Lebensmitteln. Von wem das ausging, hat sich nicht feststellen lassen.

(Staatsarchiv Dresden, Politische Stimmungsberichte und wirtschaftliche Lage, in: Die monatlich an das Min. Des Innern zu erstattenden Stimmungsberichte - 2 Bde., 495/496, Nr. 495, S.79)

Die Auswirkungen der Februarrevolution 1917 in Rußland

Die russische Februarrevolution von 1917 erschütterte nicht nur die Grundfesten des morschen zaristischen Systems und der halbfeudalen Ordnung in Rußland. Sie strahlte weiter aus. Sie gab den Arbeitern und den für die Profitinteressen ihrer Unterdrücker und Ausbeuter kämpfenden Soldaten der kriegführenden Mächte Mut zum Kampf gegen ihre eigenen Herren. Die Nachricht von der Revolution fand besonders in Deutschland günstigen Boden. Die entsetzlichen Verluste durch den Stellungskrieg, der berüchtigte „Kohlrübenwinter“, den die Bevölkerung im Hinterland erlebt hatte, wobei die Hungersnot weiterverschärft wurde durch Kürzung der Brotrationen, ließen Front und Heimat zunehmend kriegsmüde werden und schufen auch immer mehr die Bereitschaft zum Handeln gegen den Krieg. Im April 1917 ging eine erste Welle von Massenstreiks über Deutschland hinweg. An der Ostfront kam es zu Verbrüderungsaktionen mit russischen Soldaten, Im Sommer erlebte die Kriegsflotte ihre revolutionäre Bewegung, die in der Meuterei auf der „Prinzregent Luitpold“ ihren Höhepunkt fand und deutliche Verbindungen zur russischen Februarrevolution zeigte. So wandte sich Max Reichpietsch, einer der Führer der Meuterei mit folgendem Hinweis an die Schiffgruppen: „Wir müssen den Leuten klarmachen, daß die Menagekommissionen der erste Schritt zur Bildung von Matrosenräten nach russischem Muster sind.“ Die Unruhen in der Flotte wurden 1917 noch niedergeschlagen. Reichpietsch und Köbis fielen unter den Schüssen eines Exekutionskommandos weitab von ihren Kameraden. Auch in Städten und Betrieben entstanden meist illegale Arbeiterräte. So ging eine erste größere Welle der Rätebewegung über Deutschland.

Die Bildung der USPD und die Spartakusgruppe

Die Bildung der USPD müssen wir ebenfalls im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Februarrevolution sehen. Zwar wurden bereits im Januar 1917 die oppositionellen Abgeordneten der SPD auf Betreiben der rechten Führer aus der Partei ausgeschlossen. Sie bereiteten die Bildung einer eigenen Partei vor, die eine Massenbasis aber erst durch die revolutionäre Stimmung unter der Arbeiterschaft erhielt. Die neue Partei stand von Anfang an unter der Führung von zentristischen und revisionistischen Funktionären wie Haase, Kautsky, Bernstein, die in den grundsätzlichen Fragen mit dem alten Parteivorstand der Scheidemann, Ebert, Legien übereinstimmten; was sie voneinander trennte, war die bedingungslose Kriegsbefürwortung der Fraktionsmehrheit und taktische

¹⁴ Ebenda, Seite 14.

¹⁵ Nach Mitteilungen von Horst Dörner, Mitglied der Bezirkskommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung in Dresden.

Meinungsverschiedenheiten.¹⁶ Dieser Partei schloß sich die Spartakusgruppe trotz ernster Einwände der Bremer Linken, die der USPD fernblieben, und trotz deren Aufruf zur Bildung einer selbständigen marxistischen Kampfpartei des Proletariats an. Sie behielt sich zwar den Status einer selbständigen Fraktion vor, konnte aber nicht vermeiden, daß sie gegenüber den revolutionären Arbeitern, die sich ohne die Ebert und Scheidemann organisieren wollten, als Feigenblatt für den zentristischen Charakter und die opportunistischen Sünden der USP-Führer wirkte.

Allerdings kann all das die großen historischen Verdienste der Spartakusgruppe nicht mindern. Von diesen Verdiensten wird später noch die Rede sein. Auch die einfachen Arbeiter in der USPD standen vielfach unter dem Einfluß der Spartakusgruppe, nahmen ihre Losungen auf und benutzten sie im Kampf.

Die Auswirkungen der Februarrevolution auf Pirna

Am 26. Juli 1917 berichtete die Pirnaer Polizei ihrer vorgesetzten Dienststelle in Dresden, daß sich fast die gesamte hiesige SPD-Ortsgruppe der USPD angeschlossen hätte. Nur ein paar Mann hielten dem alten Parteivorstand auch weiterhin die Treue.¹⁷

In Dresden und Umgebung trat besonders die sozialistische Jugend mit Aktionen hervor. Die Leitung der Sozialistischen Jugendbewegung Deutschlands im Dresdner Gebiet lag in den Händen von Wella Henker (Döhlen), Erich Lewinsohn und Marie Griesbach. Unter anderem wurde ein „Waldfest“ bei Pirna organisiert. Am 12. August 1917 trafen sich auf dem Kohlberg mehrere Hundert Jugendliche. Zu ihnen sprach Bernhard Menke über die russische Revolution. Anschließend demonstrierten die Teilnehmer an den Kasernen vorbei mit dem Ruf: „Brüder im Waffenrock! Denkt an die russische Revolution, kehrt die Waffen um!“

Am 23. August lief beim Rat der Stadt Pirna eine Anzeige der Firma Breuer & Co. ein, der ein Flugblatt der Sozialistischen Jugendbewegung Deutschlands beigelegt war. In diesem Flugblatt wurde die Arbeiterschaft zu einem Demonstrationstreik gegen den Krieg am 2. und 3. September aufgerufen. An die Soldaten erging der Mahnruf: „Wenn sich das bis zur Verzweiflung getriebene Volk nun endlich einmal zur revolutionären Tat aufrafft, den Vernichtungskampf wagt, unerschüttert das Banner der Revolution entfacht, dann kämpft mit uns! Widerhandelt den Befehlen! Schießt nicht auf Vater und Mutter, auf mutige Kämpfer für die Sache des internationalen Proletariats, die auch die eure ist! Werdet selbst Soldaten der Revolution!“¹⁸

Angst vor Unruhen führte zur Benachrichtigung des Garnisons-Kommandos Pirna, das dann auch prompt mitteilte, „daß bei evtl. Vorkommnissen, bei welchen sich die Hilfe des Militärs notwendig macht, dies sofort Herrn Hauptmann Burgdorf ... zu melden ist, welcher weitere Anordnungen treffen wird.“ Die Polizeibüttel waren also sehr erregt. Doch die Demonstration kam nicht zustande. Die leitenden Mitglieder der sozialistischen Jugendbewegung, die im Dresdner Gebiet die Flugblätter verteilt hatten, wurden verhaftet. Erst im Mai 1918 fällte das Reichsgericht in Leipzig über 12 Genossen ein Gesamturteil von 20 Jahren Zuchthaus und 9 Jahren 3 Monaten Gefängnis, wobei Erich Lewinsohn allein 8 Jahre hinter Zuchthausmauern verbringen sollte.

Anlaß zur Befürchtung vor Unruhen in der Bevölkerung gab es durchaus; waren doch die Lebensumstände von Kriegsjahr zu Kriegsjahr immer schlechter geworden. Arbeitszwang, Ausdehnung der täglichen Arbeitszeit, miserable Löhne gingen einher mit steter Verknappung und Verteuerung der Nahrungsmittel. Davon erhalten wir in einer überlieferten offiziellen Preisübersicht einen schwachen Eindruck.

Es kosteten im Kleinverkauf in Pfennigen (Stichtag: 1.Okt.):

x	1914	1917
Pfund Fleisch		
Rind	90	200
Schwein	85	150
Pfund Brot	13	20
Pfund Speisekartoffeln	4	9
Ofund Speisebutter	140	265
Liter Vollmilch	20	36-38
Liter Magermilch	10	26-28
Pfund Weißkraut	5-6	12
Pfund Rotkohl	7-8	30
Pfund Bohnen	18-20	40-50

¹⁹

¹⁶ Bartel, a. a. O., S. 410.

¹⁷ B III-XXVI,13 Sozialdemokratie betreffend, 1878-1918, Bl. 276f.

¹⁸ Stadtarchiv Pirna, B II-XXVI, 95, Demonstrationstreik 1917.

¹⁹ B III-XVIII, 87,Bl. 215: Lebensmittelversorgung im Kriege 1914-1919. Übersicht über Lebenshaltungskostensteigerung vom 24.12.1917.

Die Auswirkungen der russischen Oktoberrevolution 1917 und der Januarstreik 1918

Am 7. November 1917 siegte in Petrograd die proletarische Revolution. Arbeiter, Bauern und Soldaten übernahmen unter Führung der in illegalen Kämpfen bewährten Partei der Bolschewiki die Macht in ihre Hände. Am Anfang der Sowjetmacht stand außenpolitisch das Dekret über den Frieden und der Funkspruch des Rates der Volkskommissare „An Alle! An Alle!“

Die Sowjetmacht forderte den unverzüglichen Abschluß eines demokratischen Friedens ohne Annexion fremder Territorien, ohne Kontributionen. Stark war das Echo auf diese welterschütternden Ereignisse in Deutschland. Ein neuer Kriegswinter stand vor der Tür mit all den Schrecken, die man vom vergangenen her noch so lebhaft in Erinnerung hatte: Kälte, Elend und Verzweiflung, dazu bis zur völligen Erschöpfung gehende Ausbeutung der Arbeitskraft. Eine immer stärkere Friedenssehnsucht bemächtigte sich gerade der Soldaten an der Ostfront. In Deutschland rief die Spartakusgruppe in Flugblättern, die in immer dichter Folge erschienen, zum Kampf um den Frieden und um die Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse auf.

Die Reichsregierung glaubte doppelten Gewinn einheimen zu können, indem sie auf die sowjetischen Vorschläge zu Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen einging: Einmal könnte sie dadurch dem eigenen Volk gegenüber den Friedensengel spielen, und zum anderen böte sich die Gelegenheit, vorausgesetzt, daß die Entente auf die sowjetischen Vorschläge nicht reagierte, was nicht zu erwarten war, den Krieg unter günstigeren Umständen fortzusetzen.

Die deutschen Monopolisten und Junker und ihre Generale gingen aber bei den Verhandlungen in Brest-Litowsk auf Raub aus. Sie verlangten die Abtrennung eines riesigen Territoriums von über 150000 km² von Rußland mit den wichtigsten Getreide- und Rohstoffgebieten der Ukraine. Mit wachen Augen verfolgte indessen die deutsche Arbeiterschaft die Verhandlungen. Als die Annexionsabsichten der deutschen Imperialisten bekannt wurden, rief die Spartakusgruppe zum Kampf auf:

„Der allgemeine Friede läßt sich ohne Umsturz der bestehenden Macht in Deutschland nicht erreichen. Nur mit der Fackel der Revolution, nur im offenen Massenkampfe um die politische Macht, um die Vorherrschaft und die Republik in Deutschland läßt sich jetzt das erneute Auflodern des Völkermordens und der Triumph der deutschen Annexionisten im Osten und Westen verhindern. Die deutschen Arbeiter sind jetzt berufen, die Botschaft der Revolution und des Friedens vom Osten nach dem Westen zu tragen. Hier hilft kein Mundspitzen, hier muß gepfiffen werden.“ (Spartakusbrief)²⁰

Der Parteivorstand der USPD wollte nicht einmal ernsthaft „den Mund spitzen“. Er griff die Streikvorschläge der Spartakusgruppe nicht auf. Diese setzte gemeinsam mit linken Unabhängigen den Kampf fort und rief zum politischen Massenstreik, beginnend mit dem 28. Januar 1918, auf.²¹ In einem Flugblatt mit der Überschrift „Hoch der Massenstreik! Auf zum Kampf!“ wurden die Forderungen formuliert: Sofortiger Frieden ohne Annexionen, Hinzuziehung von Arbeitervertretern zu den Friedensverhandlungen, Aufhebung des Belagerungszustandes und der Beschränkungen für die Presse, Koalitions- und Streikrecht, Aufhebung des Arbeitszwangsgesetzes, Vereins- und Versammlungsfreiheit, Haftentlassung aller wegen politischer Betätigung Verurteilten und Inhaftierten.²²

Am 28. Januar brach in Berliner Rüstungsbetrieben der Streik aus und griff schnell auf andere Industriebezirke im ganzen Reich über. Bald streikten etwa 1,5 Mill. Arbeiter, überall entstanden Aktionsausschüsse und Streikleitungen.

Sehr schnell drängten sich die rechten sozialdemokratischen Führer gegen den Willen der Arbeiter in die Streikleitungen in Berlin ein. Scheidemann erklärte dazu im „Prozeß des Reichspräsidenten“ 1924 (1. Dolchstoßprozeß): „Wenn wir nicht in das Streikkomitee hineingegangen wären, dann würde wahrscheinlich das Gericht heute nicht tagen können, und dann wäre der Krieg und alles andere meiner festen Überzeugung nach schon im Januar erledigt gewesen.“²³ Und Ebert: „Ich bin mit der bestimmten Absicht in die Streikleitung eingetreten, um den Streik schnellstens zum Abschluß zu bringen.“²⁴ Zweierlei zeigen diese Äußerungen: Die große revolutionäre Bedeutung des Januarstreiks 1918 und die Rolle der rechten SPD-Führer, die von vornherein in eine Bewegung eintraten, um ihr das Genick zu brechen.²⁵

Der Januarstreik 1918 in Pirna

Im Bereich der Königlichen Kreishauptmannschaft Dresden nahm die Streikbewegung vom Gußstahlwerk Dohlen und vom Stahlwerk Gebr. Hunger in Pirna, Dresdner Straße 10, ihren Ausgang. Zwischen beiden Werken bestanden engere Verbindungen: Arbeiter aus Dohlen und dem Plauenschen Grunde arbeiteten in Pirna im Stahlwerk Hunger. Hier legten am 30. Januar 1918 nach einem Polizeibericht²⁶ 322 Arbeiter die Arbeit nieder,

²⁰ Bartel, a. a. O., S. 482.

²¹ Bartel, a. a. O., S. 485.

²² „Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Reihe II, Bd. 2, Berlin 1957, S. 67 ff (im folgenden mit „Dokumente“ bezeichnet).

²³ Ebenda, S. 18.

²⁴ Albert Norden, „Zwischen Berlin und Moskau“, Berlin 1954, S. 98.

²⁵ Ebenda, S. 93.

²⁶ Stadtarchiv Pirna, B III-XXII, 5, Blatt 272.

tags darauf die gesamte Belegschaft. Gegen 11 Uhr erschienen im Geschäftszimmer des Obermeisters Hähnel die Former Fiedler, Brauer, Kühne und Oesen. Sie erklärten, daß sie im Auftrag der Belegschaft kämen und teilten den Streikbeschluß mit. Sie begründeten die Arbeitsniederlegung nur mit der geringen Zuweisung von Lebensmitteln.

Die Verhandlungen mit dem Unternehmer wurden vom Arbeiter-Ausschuß und seinem Nahrungsmittelausschuß geführt. Dem ersteren gehörten die Arbeiter Max Kühne, Max Hauptvogel, Max Ramm, Kurt Anders, Friedrich Path, Emil Johne und die Arbeiterin Paula Günther an, dem zweiten Albin Fiedler und Max Brauer.²⁷ Solche Ausschüsse wurden in den kriegswichtigen Betrieben bereits Anfang 1917 auf Grund des § 11 des Hilfsdienstgesetzes vom 5. 12. 1916 und der dazugehörigen „Ausführungsbestimmungen über die Wahl und Tätigkeit der Arbeiterausschüsse“ vom 22. 1. 1917 gewählt. Ihr ursprünglicher Zweck war, durch „friedliche Vermittlung“ zwischen Arbeitern und Unternehmern alle Klippen des Klassenkampfes während des Krieges ohne Streik zu umschiffen, um eine reibungslose Kriegsproduktion zu gewährleisten. In vielen Betrieben wurden aber diese Ausschüsse im Januar 1918 zu revolutionären Organen der Arbeiterschaft. Das muß vermutlich auch für den Arbeiterausschuß der Firma Hunger gelten, der sich später zum Grundstock des Betriebsarbeiterrates in der Novemberrevolution entwickelte.

Im Januar 1918 machte dieser Ausschuß jedoch seine ersten zögernden Schritte. Noch fand er nicht den Mut, so zu handeln, wie das die Döhlener Arbeiter taten. Diese schickten eine Abordnung zur Regierung nach Berlin, die dort zwei Forderungen vortragen sollte:

- „1. *Schleuniger Frieden ohne Annexion nach den russischen Vorschlägen,*
2. *Zuziehung von Arbeitervertretern zu den Friedensverhandlungen.*“²⁸

In Pirna standen bei den Verhandlungen nur Lebensmittelfragen zur Debatte.

Es ist aber sicher, daß der Ausschuß und die Arbeiter wußten, in welchem Zusammenhang sie die Arbeit niederlegten. Dafür spricht einmal die enge Verbindung zu Dohlen, zum anderen witterte der Polizeiwachmeister Funke einiges: „Der vorgebrachte Grund, bessere Nahrungsmittelversorgung zu erzielen, dürfte nur der Deckmantel sein, in Wirklichkeit benutzt die Sozialdemokratie nur eine Gelegenheit, um sich eine Machtprobe zu leisten.“²⁹ Ferner berichtete der Stadtrat fast drei Wochen nach dem Streik ergänzend an die Kgl. Kreishauptmannschaft nach Dresden, „daß, wie der Firma nachträglich bekannt geworden ist, durch Flugblätter politischen Inhalts zur Arbeitsniederlegung aufgefordert worden ist. Hierin dürfte auch die eigentliche Ursache des Streiks zu erblicken sein.“³⁰

Spartakusflugblätter gaben auch bei Rockstroh & Schneider in Heidenau dem Streik den politischen Inhalt. Sie wurden nachts über den Zaun geworfen, von jungen Genossen aufgenommen und im Betrieb, aber auch im ganzen Gebiet von Pirna und Heidenau ausgelegt. Bei Rockstroh streikte die ganze Belegschaft. Ferner waren Arbeiter von vier anderen Heidenauer Fabriken am Streik beteiligt, und zwar die Heidenauer Motorenwerke (jetzt VEB Reifenwerk Heidenau), die Firma Willkommen, die kleine Zünderfabrik Seifert und die Maschinenfabrik Lehmann. Etwa 1600 Arbeiter waren somit im Pirna-Heidenauer Industriebezirk am Streik beteiligt. Die Verschleierung der eigentlichen Streikgründe kann die Bedeutung des Streiks der Stahlwerksarbeiter nicht schmälern. Sie reihten sich ein in die große Front der Streikenden, im Bewußtsein, für eine gerechte Sache zu kämpfen. Offensichtlich fehlte auch in Pirna wie überall eine festgefügte illegale Organisation. Die offizielle sozialdemokratische und die Regierungspresse fielen über die Streikenden her, beschimpften sie, ermahnten sie an die Arbeit zu gehen, weil ihr Kampf der Front Schwierigkeiten brächte und nur den Feinden Deutschlands Auftrieb gäbe. Das und die Zersetzungsarbeit der Rechten in der Berliner Streikleitung, dazu der Terror der Regierung führten zum Abbröckeln der Streikfront. Am Sonnabend, dem 2. Februar, rief Hunger die Streikenden in den Betrieb, um mit ihnen unmittelbar zu verhandeln. Eine Abstimmung wurde vorgenommen, bei der sich 95 der Anwesenden für die Fortsetzung des Streiks und 96 für die Aufnahme der Arbeit entschieden. Nach weiteren Beratungen kam die Belegschaft zu dem Entschluß, am Montag, dem 4. Februar, die Arbeit wieder aufzunehmen, falls kein Teilnehmer des Streiks gemäßregelt würde. Das versprach man.³¹

Trotzdem erhielten sehr bald drei Arbeiter der Firma Hunger ihre Einberufungsbefehle und gingen an die Front ab: Fiedler, Schumberg und Müller. Proteste verhallten. Solche Einschüchterungsmaßnahmen gab es fast überall. Neben der „Peitsche“ wurde aber auch „Zuckerbrot“ von der Regierung an die hungernden Arbeiter verabreicht: die sogenannte Hindenburgspende mit Volksküchenessen - Kohlrüben, Dörrgemüse und ein wenig Speck. In den Betrieben hingen Aufrufe: „Ein Hundsfott, wer streikt!“ u. a. Die Unterzeichner waren die sozialdemokratische Parteiführung, die Gewerkschaftsführung und die Oberste Heeresleitung.

Im Auftrage des Stellvertretenden Generalkommandos mußten die Schulleitungen auch in Pirna in der Zeit vom 5. bis 7. 2. 1918, unmittelbar nach dem Streik also, Gemeinschafts-Filmvorführungen für alle Kinder mit dem Film „Unsühnbar“ organisieren. Über den Film schrieb Bürgermeister Stark am 9. Februar 1918: „Von ver-

²⁷ Stadtarchiv Pirna, B III-XXII, 5, Blatt 273.

²⁸ Norden, a. a. O., S. 97/98.

²⁹ Stadtarchiv Pirna, B III-XXII, 5, Blatt 270.

³⁰ Ebenda, Blatt 280.

³¹ Stadtarchiv Pirna, B III-XXII, 5, Bl. 274

schiedener Seite bin ich darauf aufmerksam gemacht worden, daß der vorgeführte Film ‚Unsühnbar‘, der einen Streik behandelt, für Kindervorstellungen höchst ungeeignet gewesen sei. Kinobesitzer Wieder . . . hat mir darauf einen Brief überreicht, nach dem die Aufführung des Films vom Kgl. Generalkommando ausdrücklich angeordnet worden ist“³² - zur „Aufklärung der Bevölkerung und zur Hebung der Volksstimmung“ und um „auch mittels der dadurch gegebenen Einwirkung der Kinder auf die Eltern eine Beeinflussung der Erwachsenen zu erreichen“, wie es in einem solchen Schreiben dieser Militärdienststelle in schönstem Amtsdeutsch heißt.

Der Januarstreik war der größte politische Massenstreik während des Krieges in Deutschland, ein Ruhmesblatt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und gleichzeitig ein Akt der Unterstützung der russischen proletarischen Revolution. War ihm auch kein wägbarer Erfolg beschieden, so beeinflusste er doch wesentlich die inneren Verhältnisse in Deutschland. Der Bourgeoisie und der kaiserlichen Regierung fuhr panischer Schrecken in die Glieder. Verzweifelte Terrormaßnahmen folgten: Verschärfter Belagerungszustand, Drohung, jede Demonstration mit Waffengewalt zu zerschlagen, sieben Berliner Großbetriebe wurden unter militärische Leitung gestellt, Zehntausende Arbeiter erhielten ihre Einberufungsbefehle (allein in Berlin waren es etwa 50 000).³³ Andererseits sammelten die Arbeiter Kampferfahrungen, schritt der Revolutionsprozeß fort, verschärften sich die Widersprüche zwischen Unterdrückern und Unterdrückten, Ausbeutern und Ausgebeuteten.

Trotzdem flaute die revolutionäre Bewegung in Deutschland noch einmal vorübergehend ab. In fünf großen Offensivschlachten versuchte die OHL noch einmal, einen „Siegfrieden“ zu erzwingen. Dabei jagte sie wieder sinnlos Hunderttausende deutscher Soldaten in den Tod.

Noch Ende September 1918 unternahm der SPD-Landtagsabgeordnete Dr. Gradnauer in einer „öffentlichen Volksversammlung“ im Pirnaer Volkshaus den Versuch, die anwesenden etwa 120 Parteimitglieder und Sympathisierenden („hauptsächlich weibliche und junge Personen“) unter dem Versammlungsmotto „Brot und Freiheit“ zum Durchhalten zu bewegen. Aus dem ausführlichen Überwachungsbericht des Polizeinspektors Funke erfahren wir die Grundzüge von Gradnauers Rede.

Der rechtfertigte die Kriegspolitik des Kaisers, plädierte für einen Verständigungsfrieden und gegen Kriegsverlängerung und Eroberungspolitik, beharrte aber auf Sicherung der Kolonien wegen ihres Wertes (Rohstoffe) für das deutsche Volk. Er polemisierte gegen die unterschiedlichen Ernährungsverhältnisse im Reich, wobei Sachsen benachteiligt wäre. Er bedauerte, dass die Regierung dem Volke keine erweiterten politischen Rechte zugestanden hätte. Jetzt, da die „Karre im Dreck“ sei gebe es seit Wochen Aufforderungen an die Sozialdemokratie zu einer Regierungsbeteiligung. Nach seiner Auffassung solle man sie „im Interesse des Volkes“ nicht ablehnen. Gradnauer gab einen Überblick „über die Kriegslage“. Bulgarien sei abgefallen, Österreich-Ungarn unsicher. Dennoch dürfe man nicht den Kopf verlieren und die „Westfront immer zu halten suchen“, sonst „kommt der Feind auf deutsches Gebiet“. Er verdeutlichte die Schrecken einer Niederlage und meinte, nur eine „demokratische Regierung kann Deutschland retten.“ Dem folgte der Aufruf, es sei „eine Ehrenpflicht, zur sozialdemokratischen Partei zu halten, denn wehe der Arbeiterschaft nach dem Kriege, wenn diese nicht geschlossen dastehe dem Kapital gegenüber.“ Funke berichtet, es habe nach der Rede kein Diskussionsbedürfnis gegeben. Gradnauer habe „nach jeder Seite hin sehr gemäßigt gesprochen“.³⁴

Die Novemberrevolution

Im Das Heranreifen der Novemberrevolution

Im Sommer lief sich die deutsche Offensive fest. Die Truppen der Entente gingen am 8. August 1918 zur Gegenoffensive über und durchbrachen die deutsche Front. Die Linien wankten. Ganze Einheiten warfen die Waffen weg und gaben den Kampf für den Profit auf. Die Kriegsmüdigkeit nahm von Tag zu Tag zu. Am 1. Oktober berichtete der Vertreter des Auswärtigen Amtes beim Kaiser über Äußerungen Ludendorffs an das Auswärtige Amt nach Berlin, „heute hielte die Truppe noch und wir seien noch in einer würdigen Lage, es könne aber in jedem Augenblick ein Durchbruch erfolgen und dann käme unser Angebot (über Waffenstillstandsverhandlungen - die Verf.) im allerungünstigsten Moment. Er käme sich vor wie ein Hasardspieler, und es könne jederzeit irgendwo eine Division versagen.“³⁵ Selbst der Obersten Heeresleitung begann es zu dämmern, daß der Krieg verloren war. Rohstoff- und Menschenreserven waren annähernd erschöpft. Im ganzen Lande herrschte entsetzlicher Mangel an Nahrungsmitteln. Dazu zerfiel der Militär- und Kriegsblock der Mittelmächte: Die Türkei, Bulgarien, Österreich-Ungarn konnten nicht mehr.

³² Stadtarchiv Pirna, B III-II, 576.

³³ „Dokumente“, Bd. 2, S. 17.

³⁴ B III-XXVI,13 Sozialdemokratie betreffend, 1878-1918, Bl.280-289.

³⁵ Zboralski, a. a. O., S. 131.

Die innerpolitischen Spannungen erhöhten sich. Den Machthabern kam es jetzt nur noch darauf an, mit heiler Haut davonzukommen. Dazu brauchten sie den unverzüglichen Waffenstillstand an den Fronten und die Beruhigung des Volkes im Innern durch einige scheindemokratische Reformen. Am 1. Oktober wurde Prinz Max von Baden Reichskanzler. Die Parteien erhielten das Recht, Minister vorzuschlagen.

Die Sozialdemokraten Bauer und Scheidemann traten in das Kabinett ein. Parlamentarische Regierung nannte man dieses Gebilde. Die Regierung sollte dem Reichstag verantwortlich sein und nicht mehr allein dem Kaiser unterstehen.

In Preußen fiel das Dreiklassenwahlrecht.

Die Regierungssozialisten priesen diese Freiheiten als den Anbruch einer neuen Zeit und riefen auf - zur höchsten Entfaltung der Verteidigungskraft!

So hielten die Sozialchauvinisten bis zum letzten Augenblick an der imperialistischen Politik der Regierung fest, unterstützten sie bis zum Zusammenbruch des kaiserlichen Regimes und darüber hinaus. Die Spartakusgruppe entlarvte als einzige politische Kraft in Deutschland in ihrem letzten Brief die Hintergründe dieser Reformfreudigkeit: „Der historische Sinn und Zweck solcher ‚Reformministerien‘ in letzter Stunde, bei heraufziehendem Vollgewitter, ist stets derselbe: die ‚Erneuerung‘ des alten Klassenstaates ‚auf friedlichem Wege‘, d. h. die Änderung von Äußerlichkeiten und Lappalien, um den Kern und das Wesen der alten Klassenherrschaft zu retten, um einer radikalen wirklichen Erneuerung der Gesellschaft durch die Massenerhebung vorzubeugen.“³⁶

Der Spartakusbund bereitet die Revolution vor

Am 7. Oktober 1918 trat eine Konferenz der Spartakusgruppe zusammen, an der auch Linksradikale teilnahmen, die nicht der USPD angehörten. Sie nahm folgendes Revolutionsprogramm an:

„1. Unverzügliche Freilassung aller derer, die für die Sache des Proletariats in den Gefängnissen und Zuchthäusern, sei es in Schutzhaft oder in Strafhaft, schmachten; Befreiung aller Soldaten, die wegen militärischer und politischer Verbrechen verurteilt sind; Entlassung aller Soldaten, die aus politischen Gründen eingezogen sind oder im Heer zurückgehalten werden; Aufhebung aller Beschränkungen, die aus politischen Gründen über Soldaten verhängt wurden.

2. Die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes.

3. Die sofortige Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes.

Darüber hinaus hat das Proletariat zu fordern:

1. Annullierung sämtlicher Kriegsanleihen ohne jede Entschädigung.

2. Enteignung des gesamten Bankkapitals, der Bergwerke und Hütten, wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit, Festsetzung von Mindestlöhnen.

3. Enteignung allen Groß- und Mittelgrundbesitzes, Übergabe der Leitung der Produktion an Delegierte der Landarbeiter und Kleinbauern.

4. Durchgreifende Umgestaltung des Heerwesens . . .

5. Abschaffung der Todes- und Zuchthausstrafe für politische und militärische Vergehen.

6. Übergabe der Lebensmittelverteilung an Vertrauensleute der Arbeiter.

7. Abschaffung der Einzelstaaten und Dynastien.“³⁷

Die Arbeiter wurden darauf hingewiesen, daß das noch nicht das ganze revolutionäre Programm sein könne. „Der Kampf um die wirkliche Demokratisierung geht nicht um Parlament, Wahlrecht oder Abgeordnetenminister und anderen Schwindel; er gilt den realen Grundlagen aller Feinde des Volkes: Besitz an Grund und Boden und Kapital, Herrschaft über die bewaffnete Macht und die Justiz.“ Arbeiter- und Soldatenräte sollten überall gegründet werden, wo sie bis dahin noch nicht bestanden. Die Konferenz befaßte sich ferner mit der Agitation im Militär und unter der Jugend. Sie äußerte ihre „Solidarität und brüderliche Sympathie“ gegenüber der russischen Revolution.

Das Programm orientierte eindeutig die Arbeiterklasse Deutschlands auf die Hauptaufgaben des Proletariats in der Revolution. Es enthielt allerdings noch beträchtliche Mängel. Hier äußerte sich wieder einmal die sträfliche Unterschätzung der werktätigen Bauernschaft als Verbündeten des Proletariats. Die Forderung nach Enteignung auch des Mittelgrundbesitzes war unklar und bot keine Grundlage für die Einbeziehung der Bauernschaft in die sozialistische Revolution.

Alles in allem folgte dieses Programm den Zielsetzungen der Sozialdemokratie, wenn man es in Beziehung setzt zum 1891 beschlossenen Erfurter Programm, das jedoch 1918 durchaus nicht mehr Handlungsgrundlage der „Mehrheitssozialisten“ und auch nicht aller maßgebenden Politiker der USPD war.

Die Spartakusgruppe gewann immer mehr an Autorität unter der deutschen Arbeiterschaft. Davon zeugt auch die Tatsache, daß die Regierung trotz heftigen Widerstrebens am 23. Oktober Karl Liebknecht aus dem Zuchthaus entlassen mußte.

³⁶ „Dokumente“, Bd. 2, S. 217.

³⁷ Ebenda, S. 232-33.

Der Ausbruch der Novemberrevolution

Ende Oktober 1918 wurde langsam deutlich, daß ein revolutionärer Ausbruch der Massen immer bedrohlicher über den alten Machthabern und ihrer parlamentarisch frisierten Regierung heraufzog. Das erkannten auch die Ebert, Scheidemann und Bauer, die bis zuletzt der morbiden Hohenzollerndynastie Dienste gegen das Proletariat leisteten. Aus vielen Dokumenten geht z. B. klar hervor, daß die SPD-Führung vertrauliche Informationen über die Stimmung in der Arbeiterschaft, ja selbst in der eigenen Partei an die kaiserliche Regierung weitergab. Scheidemann schilderte in seinem Buch „Der Zusammenbruch“ mehrfach, wie sie mit Max von Baden und anderen Regierungsmitgliedern vor wichtigen Parlamentsdebatten Konsultationen durchführten, um einander keine Schwierigkeiten zu bereiten. Ganz deutlich wird hier, wie sie heimtückisch selbst die ihnen noch treu gebliebenen Mitglieder hintergingen. Natürlich schwand ihr Einfluß im Proletariat seit 1914 sehr stark. Sie wußten aber sehr geschickt die ruhmreiche Tradition der Sozialdemokratischen Partei vor ihren Karren zu spannen. Mit scheinradikaler Phraseologie hemmten sie den politischen Klärungsprozeß im Proletariat und verhinderten so, daß viele alte ehrliche Genossen, die noch die heroischen Kämpfe unter dem Sozialistengesetz miterlebt hatten und bei den Arbeitern Ansehen genossen, sich von ihnen trennten. So waren beim Ausbruch der Revolution die Kräfte des Proletariats leider zersplittert, unklar und ungenügend vorbereitet auf die großen Aufgaben, die die Geschichte ihm stellte.

Die Revolution indessen war nicht mehr aufzuhalten. Sie wurde ausgelöst durch den verbrecherischen Befehl der Seekriegsleitung an die Hochseestreitkräfte zum Auslaufen und zum Angriff auf die englische Flotte. Die kaiserliche Admiralität wollte kurz vor dem militärischen Zusammenbruch die Flotte in großer Pose zum Sieg oder, was wahrscheinlicher war, zum völligen Untergang führen und damit das Leben von 80000 Matrosen sinnlos aufopfern. Die Heizer und Matrosen aber verweigerten vom 27. Oktober ab den Gehorsam. Sie rissen die Feuer aus den Kesseln. Am 28. Oktober entstand auf dem Linienschiff „König“ der erste Soldatenrat der Revolution. Die Matrosen verhinderten das Auslaufen der Kriegsflotte. Noch glaubten einige Befehlshaber, mit Massenverhaftungen und durch Verlegung des 3. Geschwaders nach Kiel der „Meuterei“ Herr zu werden. In Kiel aber breitete sich die revolutionäre Bewegung weiter aus. Sie erfaßte am 2. November Kieler Truppenteile, die sich dem 3. Geschwader anschlossen. Am 3. November fand eine riesige Kundgebung der Matrosen, Soldaten und Arbeiter mit anschließender Demonstration in Kiel statt. Dabei kam es zu blutigen Zusammenstößen mit Militärpatrouillen, bei denen 8 Personen getötet und 29 verletzt wurden. Jetzt gab es kein Zurück mehr.

Am 4. November erfaßte der Aufstand fast alle Schiffe, rote Fahnen wurden gehißt, die Offiziere wurden ihrer Kommandogewalt beraubt oder verdrückten sich rechtzeitig, und in der ganzen Stadt entstanden Arbeiter- und Soldatenräte. Bald trugen die Matrosen den Aufruhr ins Land. In Windeseile verbreitete sich die Rätebewegung über Deutschland. Schon am 4. November entstand ein Arbeiter- und Soldatenrat in Stuttgart, am 5. in Lübeck und Brunsbüttel, am 6. in Hamburg, Bremen, Bremerhaven, Wilhelmshaven, Cuxhaven, Rostock, am 7. in Oldenburg, Schwerin, Hannover, Braunschweig, München, am 8. in Köln, Essen, Düsseldorf, Magdeburg, Halle, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Mainz und Nürnberg. Die Angaben sind bei weitem nicht vollständig. Am 8. November wurde in München die Bayrische Republik ausgerufen. Durch ein schmutziges provokatorisches Spiel unter Beteiligung Scheidemanns wurde die Sowjetbotschaft am 5. November aus Berlin ausgewiesen. Die Regierenden fürchteten Verbindungen zwischen der sich ausbreitenden und schon nicht mehr aufhaltbaren Revolution und Sowjetrußland. Die Regierung schickte schon am 4. November den sozialdemokratischen Abgeordneten Noske und den Staatssekretär Haußmann nach Kiel. Dabei praktizierte Noske die alte aber in der Revolution erst recht zur Blüte kommende Taktik, „an die Spitze der Bewegung zu treten, um sie in ruhige Bahnen zu lenken“. Mit Hilfe der Kieler Parteioorganisation machte er sich zum Vorsitzenden des Kieler Arbeiter- und Soldatenrates und wurde bald darauf aus eigener Machtvollkommenheit gleichzeitig Gouverneur der Stadt. In fieberhafter Hast versuchten die Ebert und Scheidemann für die Hohenzollernmonarchie, ihre Regierung und für die bürgerlich-junkerliche „Ordnung“ zu retten, was zu retten war, versuchten sie die Revolution „abzuwiegeln“. Sie glaubten ein Ventil zu öffnen mit der Abdankung Wilhelms II., um die sich nun ein Kuhhandel bis in die Mittagsstunde des 9. November entspann. Mit der Bekanntgabe der Abdankung Wilhelms II. legte Prinz Max von Baden sein Amt nieder und übertrug gleichzeitig die Reichskanzlerschaft auf Friedrich Ebert, den Vorsitzenden der SPD.

Während dieser schäßige Handel abgewickelt wurde, zogen bereits Hunderttausende von Arbeitern und Soldaten durch Berlin. Seit den Morgenstunden des 9. November erfaßten Generalstreik und Aufstand auch die Hauptstadt.

Schon seit Ende Oktober drängte die Spartakusgruppe unter Karl Liebknecht die illegale Organisation der revolutionären Obleute, die unter dem Einfluß der USPD-Führung stand, zur Proklamation des Generalstreiks und des bewaffneten Aufstandes (Karl Liebknecht und Wilhelm Pieck nahmen seit dem 26. Oktober an den Sitzungen des Vollzugausschusses der revolutionären Obleute teil). Am 2. November beschloß dieser Ausschuß auch den Aufstand für den 4., allein die Vollsitzung der Obleute lehnte unter dem Einfluß der ängstlichen Haase und Konsorten Aktionen für die nächsten Tage ab. Am 6. November beschlossen die revolutionären Obleute den Aufstand für den 11., wobei sie einen Antrag Karl Liebknechts auf Vorverlegung auf den

8. November ablehnten. Erst durch drohende Verhaftungen sahen sich die USPD-Führer gezwungen, (sie liefen der Revolution zaghaft hinterher - es könnte ja eventuell noch etwas schief gehen), dem Aufstand für den 9. November zuzustimmen.

Zur Ehre der Masse der einfachen, meist sozialdemokratisch orientierten Arbeiter und vieler Funktionäre der USPD muß aber gesagt werden, daß sie gemeinsam mit der Spartakusgruppe von vornherein begeistert in der ersten Reihe der Revolution marschierten. Sie erkämpften am 9. November mit dem Sturz der Monarchie und mit der Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten einen Sieg.

Der 9. November in Pirna

Welche revolutionären Potenzen gab es nun im November 1918 in Pirna? Wie bereits gesagt, ging die hiesige SPD-Organisation bis auf einen kleinen Rest im Jahre 1917 zur USPD über. Verbindungen zur Spartakusgruppe bestanden auch. Während des Krieges bezogen Mitglieder und Funktionäre in Versammlungen eine deutlich revolutionäre Position. Im Jahre 1918 kristallisierte sich unter dem Einfluß der Spartakuspropaganda ein linker Flügel in der USPD heraus, der sich in den Tagen der Revolution zu einer Gruppe des Spartakusbundes konstituierte. Ihm gehörten unter anderen an: Kurt Bellmann, Willy Haak, Richard Horx, Fam. Rohnstock, Martin Schäfer, Emil Schlegel, Otto Seidenglanz, Heinrich Staudte, Gustav Winkler, Karl Winkler und Karl Zornsch. So gab es hier starke linke Kräfte.

Anfang November war Pirna auch mit Soldaten vollgestopft. Die Kasernen waren belegt, ferner lagen Soldaten in großen Sälen, so im Volkshaus, in der Tanne, im Schützenhaus (Hanno-Günther-Heim), im Feldschlößchen, im Carolabad u. a. Es mögen etwa 4000-5000 Mann gewesen sein. Auch unter diesen Soldaten gärte es. Sie wollten nicht mehr an die Front. Sie nahmen bereitwillig alle Nachrichten von Unruhen im Reiche auf und setzten sich gegen Schikanen zur Wehr. Am Abend des 8. November zogen die Mannschaften der 5. Ersatz-Kompanie des Pionier-Bataillons 12, die „durch Verweigerung des Heimaturlaubes und besonderen Kasernendienst gereizt“ waren, in einem Protestmarsch mit zwei „Tambouren“ voran singend durch die Stadt.³⁸ Dieser Protestmarsch erleichterte die Kontakte zwischen Arbeitern und Soldaten.

Seit den Morgenstunden des 9. November herrschte im Volkshaus, dem Zentrum der Pirnaer Arbeiterbewegung, reges Leben. Die Genossen der USPD kamen zusammen. Viele erschienen von sich aus, spürend, daß es jetzt auch hier losgehen mußte. Es drängte sie, mit dabei zu sein. Einen solchen Tag hatten sie ja lange ersehnt. Er konnte der Anfang sein zur Erfüllung der Ziele, für die sie seit Jahren organisiert kämpften. Die Parteifunktionäre Johannes Schirmer und Franz Rostek und der Gewerkschaftsangestellte Michael Kimmich waren da, andere kamen hinzu, wie Karl Winkler und Otto Wehner. Manche kamen direkt aus den Betrieben. Sie begaben sich an die Arbeit. Ein provisorischer Arbeiterrat entstand, vorläufige Ausweiskarten wurden ausgegeben. Jetzt kam es darauf an, engere Verbindungen zu den Arbeitern in den Betrieben und zu den Soldaten herzustellen. Die einen, wie Karl Winkler und Martin Schäfer, erhielten den Auftrag, in die Kasernen zu den Soldaten zu gehen. An manchen Stellen warf man sie hinaus, an den meisten trafen sie auf Zustimmung. Max Eichler und andere Soldaten waren mit ihrer Wahl zu Mitgliedern eines Soldatenrates einverstanden. Andere gingen in die Betriebe, um dort Arbeiterräte zu bilden. Ein LKW wurde aufgetrieben, mit dem es schneller ging. Mit Hilfe telefonischer Verbindung trat der Arbeiterrat mit weiter entfernten Betrieben bis nach Sebnitz in Kontakt und regte dort ebenfalls die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten an.

Während dieser Zeit „entfernten Soldaten ihre Kokarden von den Mützen und ihre Achselstücke von den Waffenröcken, und soweit sie dies nicht freiwillig taten, wurden sie von Patrouillen dazu angehalten.“³⁹

Um 17 Uhr „konstituierte sich im Volkshaus ein Arbeiter- und Soldatenrat unter Leitung eines Exekutivkomitees, dem Rostek, Weiß, Kimmich und die Soldaten Fitz, Franke und Seidel angehörten“. Hier wurde beschlossen, noch am Abend des 9. November eine Versammlung auf dem Marktplatz durchzuführen, auf der auch der Arbeiter- und Soldatenrat vorgestellt werden sollte.

Arbeiter aus vielen Betrieben und zahlreiche Soldaten versammelten sich abends um 20 Uhr auf dem Marktplatz. Vom Rathausbalkon sprachen Kimmich, Weiß und Schirmer zur Bevölkerung. Die Versammlung nahm folgenden Beschluß an:

„Der Arbeiter- und Soldatenrat übernimmt die politische und militärische Gewalt über die Stadt Pirna und den Bezirk der Amtshauptmannschaft Pirna.

Alle Militärkommandos und Zivilbehörden haben den Weisungen des Arbeiter- und Soldatenrates unbedingt Folge zu leisten. Alle Zivilbehörden bleiben bis auf weiteres in Funktion und haben die ihnen übertragenen Geschäfte in der bisherigen Weise weiterzuführen. Allen Beamten, die glauben, sich der neuen Ordnung nicht fügen zu können, steht es frei, ihr Amt niederzulegen. Diese Bestimmungen treten sofort in Kraft.“⁴⁰

³⁸ Stadtarchiv Pirna, Sammlung Löser (siehe Literaturübersicht - im folgenden mit L bezeichnet), Artikel der „Pirnaer Volkszeitung“ vom 11. 11. 1918.

³⁹ Ebenda.

⁴⁰ Ebenda und B III-XXXI, 1, Blatt Ic.

Eine Delegation von vier Mann (Weiß, Schirmer und zwei Soldaten) begab sich sofort zu Bürgermeister Stark, der von seinem Amtsraum aus die Ereignisse verfolgt hatte. Stark unterwarf sich den Beschlüssen. Anschließend bewegte sich die Masse der Versammelten zum Gebäude der Amtshauptmannschaft. Herr von Thümmel erwartete sie bereits. Ein Telegramm des Innenministeriums aus Dresden war schon eingetroffen, das ihm nahelegte, „der Gewalt zu weichen und Einblick in behördliche Maßnahmen zu gewähren“.⁴¹ Er erklärte einer Abordnung, die aus dem Gewerkschaftsangestellten Kimmich, dem Holzarbeiter Rostek, dem Sergeanten Fitz und den Unteroffizieren Wülfing und Trebst bestand, daß er bereit sei, den Arbeiter- und Soldatenrat anzuerkennen unter der Bedingung, daß dieser für Ordnung, persönliche Sicherheit und die Lebensmittelvorräte die Verantwortung übernehme. Das wurde ihm zugesichert.

Selbstverständlich stand v. Thümmel der „neuen Ordnung“ als eingefleischter Monarchist ablehnend gegenüber. Er bemühte sich nicht einmal sonderlich, seine Einstellung und seine Gefühle zu verbergen. Am 10. 11. fragte er im Ministerium des Innern in Dresden an, wie er sich gegenüber der „Schmach“ der Hissung der roten Fahne auf seinem Amtsgebäude verhalten solle.⁴²

Der „Pirnaer Anzeiger“ fragte sich denn auch, wie wohl die rote Fahne auf das Gebäude der Amtshauptmannschaft komme und brachte darüber folgendes in Erfahrung: „Am Montag erschienen einige Vertreter auf der Amtshauptmannschaft, um eine rote Flagge auf dem Dienstgebäude zu hissen. Herr Amtshauptmann von Thümmel legte ihnen nahe, dies zu unterlassen und ihm dies zu ersparen. Jene bestanden jedoch darauf. Der Herr Amtshauptmann legte Verwahrung dagegen ein, erklärte aber, daß er der Gewalt keinen Widerstand entgegensetzen werde.“⁴³

Von der Amtshauptmannschaft ging es zur Kommandantur. Dort „wurden Weisungen erteilt, den Offizieren keinen Gehorsam zu leisten, sondern nur dem A.- u. S.-Rat und den von diesem eingesetzten Dienststellen. Der Kommandant selbst wurde nicht angetroffen.“

So verlief ohne wesentliche Zusammenstöße und ohne einen Schuß der erste Revolutionstag in Pirna.

Die Entwicklung im Reich und im Land Sachsen in den Monaten November und Dezember

Rätenschaft oder bürgerlicher Parlamentarismus

Nirgends fand die Revolution in den ersten Novembertagen einen ernsten Widerstand. Nicht mehr als 25 Tote kostete sie. Die herrschende Klasse zeigte sich unterwürfig und wich zurück. Indem sie sich geschickt den neuen Gegebenheiten anpaßte, erreichte sie, daß viele A.- u. S.-Räte ihre Positionen nicht antasteten.

Dazu kam, daß die SPD bald die Oberhand über die revolutionären Kräfte in den Räten, die zunächst oft als Vertretungen der USPD und des Spartakusbundes entstanden waren, gewinnen konnte und viele Inaktive, langsam Denkende und politisch Unklare für sich einfing. Die Soldatenräte in der Heimat waren sozial und politisch noch uneinheitlicher zusammengesetzt und hatten noch weniger eine Vorstellung vom Weg des Kampfes als die Arbeiterräte. Räte der Kleinbauern und Landarbeiter, um das Bündnis der Arbeiter und Soldaten mit den armen Bauern herzustellen, wurden zunächst überhaupt nicht geschaffen. An der Front war die Haltung der Soldaten und einzelnen Truppenteile nicht einheitlich. Obwohl es revolutionäre Truppeneinheiten gab, standen die Frontsoldaten der Revolution zum größten Teil hilflos gegenüber. Der Generalstab betrachtete Soldatenräte als „Schutzimpfung“ gegen revolutionäre Bewegungen, das heißt lediglich als beratende Organe oder Beschwerdeinstanzen.⁴⁴ Oft wurden Soldatenräte gegen revolutionär auftretende Arbeiterräte in der Heimat aufgehetzt. Während viele A.- u. S.-Räte mehr oder weniger hilflos ihre Macht gebrauchten, übernahmen die Arbeiter in vielen Betrieben tatsächlich die Macht. Hier sammelte sich die entscheidende Kraft für die kommenden revolutionären Kämpfe.

Aber schon formierte sich die Konterrevolution, und der Mann, der ihr Geburtshelfer wurde, der die Revolution wie die Sünde haßte, hieß Ebert. Wie schon gesagt, avancierte er von Prinz Maxens aber nicht von Volkes Gnaden zum Reichskanzler und bildete mit den Sozialdemokraten Scheidemann und Landsberg und den drei Unabhängigen Haase, Barth und Dittmann den „Rat der Volksbeauftragten“ – ein irreführender Begriff.

Das Programm dieser „Revolutionsregierung“ ging über bürgerlich-demokratische Maßnahmen nicht hinaus. Am 12. November verkündete sie die Aufhebung des Belagerungszustandes, das unbeschränkte Vereins- und Versammlungsrecht, die Aufhebung der Zensur, das Recht der freien Meinungsäußerung, die Freiheit der Religionsausübung, Amnestie für alle politischen Straftaten, die Aufhebung des Gesetzes über den Vaterländischen Hilfsdienst, die Außerkraftsetzung der Gesindeordnung und der Ausnahmegesetze gegen die Landarbeiter, den achtstündigen Maximalarbeitstag, Erwerbslosenunterstützung usw.

⁴¹ SLHA, Amtshauptmannschaft Pirna, Abt. III, Abschn. B, Nr. 18, B 5, Blatt 8

⁴² Ebenda, Bl. 6

⁴³ Ebenda

⁴⁴ „Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution“, Berlin 1929, S. 220

Die Minister behielten jedoch ihre Stellen. Die alte Klassenjustiz blieb unangetastet. Der Bundesrat wurde ermächtigt, die „ihm nach Gesetzen und Verordnungen des Reiches zustehenden Verwaltungsbefugnisse auch fernerhin auszuüben“.⁴⁵ Nach einer Kabinettsorder blieb das Eigentum in Bausch und Bogen geschützt, das bürgerliche Recht unverändert in Kraft und das Strafrecht unangetastet. Sogar das im Privateigentum des Kaisers und der kaiserlichen Familie stehende Vermögen durfte nicht angetastet werden. Für die Armee wurde das Vorgesetztenverhältnis der Offiziere bestätigt. Außenpolitisch orientierten sich die „Volksbeauftragten“ nach dem Westen. Die großartige Geste der hungernden russischen Arbeiter und Bauern, den hungernden deutschen Werktätigen im Geiste brüderlicher Solidarität mit Getreide zu helfen, wurde mit schnöden Worten und dem Hinweis auf amerikanische Lieferungen zurückgewiesen.

Und während eine Sozialisierungskommission gebildet wurde, die Möglichkeiten einer Sozialisierung ohne „unvernünftige Experimente“ beraten sollte, um die Arbeitermassen, die den Sozialismus wollten, zu beruhigen, schuf der Gewerkschaftsführer Legien vollendete Tatsachen. Bereits am 15. November unterzeichnete die Gewerkschaftsführung (Legien) mit den Untermeherverbänden (Stinnes) einen „zentralen Arbeitsgemeinschaftsvertrag“ gegen die „revolutionären Wirren“.

„Ordnung“ war die Parole Eberts. Diese Ordnung entlarvte sich trotz der Sozialisierungsparolen nur als die bürgerlich-kapitalistische Ordnung. Die Räte sollten entrevolutioniert, zu bloßen Ordnungsorganen im Sinne des Übergangs vom Krieg zum Frieden und schließlich zu fast bedeutungslosen Kontrollorganen degradiert werden. Von Anfang an war die Politik Eberts auf Wahlen zu einer Nationalversammlung gerichtet. Die Nationalversammlung bedeutete jedoch nicht die politische Herrschaft der Arbeiterklasse, sondern die bürgerlich-parlamentarische Republik. Für die Nationalversammlung auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts trat die gesamte Reaktion ein, von der Bourgeoisie über die Junker bis zur Obersten Heeresleitung. Sie sah in ihr das einzige Mittel zur Sicherung der kapitalistischen Produktionsweise, zur Erhaltung des deutschen Imperialismus.

Der Spartakusbund erklärte in mehreren Aufrufen als wichtigste Aufgaben die Sicherung der Revolution, die Säuberung des Staatsapparates und des Heeres von Konterrevolutionären, die Schaffung einer Roten Garde aus revolutionären Arbeitern, die Enteignung der großkapitalistischen Kriegsverbrecher, der Fürsten und Generale und ihre gerichtliche Verurteilung, die Kontrolle der Produktion durch die Räte und das Hinaustragen der Revolution in das Dorf durch die Enteignung der Großagrarien und die Beseitigung der feudalen Überreste mit Hilfe der Räte der Landarbeiter und der Kleinbauern.⁴⁶

Es war klar, daß sich nunmehr der Kampf zwischen der „Ordnung“ und den revolutionären Kräften zuspitzen mußte. Und da es in der Politik, wie Engels sagte, nur zwei entscheidende Mächte gibt, „die organisierte Staatsgewalt, die Armee, und die unorganisierte, elementare Gewalt der Volksmassen“,⁴⁷ bediente sich Ebert der kaiserlichen Armee, um die sozialistische Revolution zu verhindern. Er krönte seinen Verrat an der Arbeiterklasse durch ein Bündnis mit den kaiserlichen Generalen. Nachts zwischen 11 und 1 Uhr (9./10. November) verständigte er sich telefonisch von der Reichskanzlei aus mit Generalquartiermeister Groener, dem Nachfolger Ludendorffs. „Zunächst handelte es sich darum, in Berlin dem Arbeiter- und Soldatenrat die Macht zu entreißen. . . Zehn Divisionen sollten einmarschieren. Ebert war damit einverstanden“,⁴⁸ sagte Groener 1925 im Münchner Dolchstoß-Prozeß. Die Konterrevolution marschierte.

In Dresden war die Lage nicht wesentlich anders als in Berlin. Am 9. 11. bildete sich durch Verschmelzung eines sozialdemokratischen und eines unabhängigen Arbeiter- und Soldatenrates der „Vereinigte revolutionäre Arbeiter- und Soldatenrat“ mit Schwarz⁴⁹ (SPD) und Rühle (Internationale Kommunisten) an der Spitze. Am 15. 11. bildeten die Unabhängigen Lipinski (Äußeres und Inneres), Geyer (Finanzen), Fleißner (Militärwesen) und die Sozialdemokraten Schwarz (Arbeit), Dr. Gradnauer (Justiz) und Buck (Kultus) den sächsischen „Rat der Volksbeauftragten“. Auch in Sachsen blieb die königliche Staatsmaschine im wesentlichen unangetastet. Der Arbeiter- und Soldatenrat beschränkte sich auf die Kontrolle mit dem Ziel der „Fernhaltung jeder Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit“.⁵⁰ Die Internationalen Kommunisten im Arbeiter- und Soldatenrat unter Führung von Rühle erkannten sehr bald, daß die Entwicklung darauf abzielt, die bürgerliche Gesellschaft zu retten, machten aber den sektiererischen Fehler, am 17. 11. aus dem „Vereinigten rev. Arbeiter- und Soldatenrat“ auszutreten.⁵¹

Die Unabhängigen nahmen zur Grundfrage bürgerliches Parlament oder Räte eine unklare Haltung ein. Während die Mitglieder der Regierung die Räte als bloße Kontrollorgane betrachteten, versuchten viele Unabhängige in den örtlichen Räten die Zuständigkeit der Räte zu erweitern und ihre Macht zu vergrößern. Aber nur die Kommunisten nahmen klaren Kurs gegen die Nationalversammlung, für die Räteherrschaft; die Unabhängigen schwankten, versuchten zunächst ein Hinausschieben der Nationalversammlung, um sie angeblich vor vollende-

⁴⁵ Ebenda, S. 223

⁴⁶ Dokumente, Reihe II, Bd. 2 1917-1918, S. 341-54.

⁴⁷ Engels, „Über die Gewaltstheorie“, Berlin 1946, S. 41

⁴⁸ „Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution“, S. 233

⁴⁹ Er stammte aus Mügeln und war rechter Sozialdemokrat.

⁵⁰ L 13

⁵¹ L 25

te Tatsachen (vor allem der Sozialisierung) zu stellen, entschieden sich aber bereits Ende Dezember für Wahlen zur Nationalversammlung am 16. 2.⁵²

Kennzeichnend für die Regierung Lipinski ist der Bericht über das Regierungsprogramm auf der Sitzung des provisorischen Landesrates der Arbeiter- und Soldatenräte Sachsens am 3. 12. 1918:⁵³ Die Arbeiter- und Soldatenräte seien zwar Träger der politischen Gewalt, dürften aber in die Verwaltung nicht eingreifen, sondern üben nur die Kontrolle aus.

Als politische Aufgaben der Arbeiter- und Soldatenräte wurden bezeichnet die politische Gleichberechtigung aller Volksgenossen(!), die Einwirkung auf die Herbeiführung des Friedens, die Abwehr aller Anschläge auf die Errungenschaften der Revolution. Nach vollzogener Neuwahl der Gemeindevertretungen sei die Tätigkeit der örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte als erledigt zu betrachten. Ganz klar trat die Regierung zudem für die Nationalversammlung ein.

Mitte Dezember waren Revolution und Konterrevolution gegeneinander aufmarschiert. Der Ebertschen Regierung der „Ordnung, des Friedens und der Arbeit“, die von der Mehrheit der Arbeiter unterstützt und der deutschen Bourgeoisie benützt wurde, um ihr durch „freie Wahlen“ in den Sattel zu verhelfen, und der organisierten militärischen Konterrevolution⁵⁴ mit ihren Freiwilligenverbänden und gegenrevolutionären Formationen standen der Spartakusbund und viele Unabhängige gegenüber, die, gestützt auf den Willen der revolutionären Arbeiter, die Revolution weiterführen wollten: Alle Macht den Räten! Entwaffnung der Konterrevolution! Kampf um den Sozialismus! war ihre Parole. In dieser Zeit trat der erste Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands, die Hoffnung der deutschen Arbeiterklasse, zusammen. Von 489 Delegierten (405 A.- und 84 S.-Räte) waren 288 Sozialdemokraten, 90 Unabhängige (darunter 10 Spartakusanhänger, u. a. Leviné und Heckert). Nur ein Drittel der Delegierten kam aus den Betrieben, die übrigen waren Intellektuelle, Redakteure, Abgeordnete, Partei- und Gewerkschaftsbeamte. Die Zulassung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wurde abgelehnt. Aber die Massen setzten das Räteparlament mit Demonstrationen und Deputationen unter Druck. 250000 marschierten während der ersten Sitzung vor dem Tagungsgebäude auf und forderten eine sozialistische Republik. Welche Entscheidung würde der Kongreß fällen? Ebert, Landsberg, Severing setzten sich mit demagogischen Reden durch.

„Der Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands . . . überträgt bis zur anderweitigen Regelung durch die Nationalversammlung die gesetzgebende und vollziehende Gewalt dem Rat der Volksbeauftragten.“⁵⁵ Damit waren die Würfel gefallen. Ein Beschluß, der die Kommandogewalt über Heer und Marine den Volksbeauftragten unter Kontrolle des Vollzugsrates unterstellte, blieb Papier. Noske löste später die Frage der Kommandogewalt auf seine Weise.

Der Arbeiter- und Soldatenrat Pirna in den Monaten November und Dezember Die Machtverhältnisse nach der Bildung des Arbeiter- und Soldatenrates in Pirna

„Die Grundfrage jeder Revolution ist die Frage der Macht im Staate. Ohne Klärung dieser Frage kann von keiner wie immer gearteten bewußten Teilnahme an der Revolution die Rede sein, von einer Führung derselben ganz zu schweigen.“ (Lenin)⁵⁶

Nach der Bekanntmachung vom 9. 11. übernahm der Arbeiter- und Soldatenrat die politische und militärische Gewalt über die Stadt und Amtshauptmannschaft Pirna.

Aber schon die Aufrufe des Bürgermeisters der Stadt Pirna, Stark, und des Amtshauptmanns von Thümmel, die beide ihre Funktionen behielten, zeigen, daß nicht von einer realen Machtübernahme die Rede sein konnte. Die „öffentliche Ordnung“, die in vollem Umfange aufrecht erhalten werden sollte, war im wesentlichen noch die alte Ordnung. Die Machthaber und Beamten des Kaiserreiches unterstellten sich zwar widerstandslos formal dem Arbeiter- und Soldatenrat, führten aber ihre Arbeit ungehindert weiter durch. Der Staatsapparat blieb auch in Stadt und AHM Pirna unangetastet. Das bezieht sich auf die Behörden, die Polizei (bereits am 12. 11. erklärte der Arbeiter- und Soldatenrat, daß die Gendarmerie ihre Schußwaffen behalten könne),⁵⁷ das Gericht und auch die Tätigkeit der Gemeindevertretung, die in Pirna ungestört bis zu den Gemeindewahlen im Februar 1919 ihre (insgesamt 8)⁵⁸ Sitzungen abhielt. Im Bericht des Stadtrats an das Ministerium des Innern vom 20.

⁵² „Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution“, S. 230

⁵³ „Sächsische Staatszeitung“, 4. 12. 1918 - Mitteilungen des Ministeriums des Innern vom 12. 12. 1918.

⁵⁴ Der erste Schlag der Konterrevolution fiel bereits am 6. 12. In der Chausseestraße in Berlin wurde auf einen Demonstrationzug geschossen, 18 Tote und 30 Schwerverletzte lagen auf der Straße. Am selben Tag versuchte das Militär den Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte zu verhaften und durch einen Putsch Ebert zum Präsidenten auszurufen. Am 7. 12. verhafteten konterrevolutionäre Truppen Karl Liebknecht, der erst durch Eingreifen des Polizeipräsidenten Eichhorn wieder befreit werden konnte. Der zweite Schlag galt der Volksmarinedivision. In den Weihnachtstagen versuchten konterrevolutionäre Truppen Schloß und Marstall, die von den revolutionären Matrosen der Volksmarinedivision besetzt waren, zu erobern. Die Matrosen wurden jedoch entsetzt und die Konterrevolutionäre erlitten eine Niederlage.

⁵⁵ „Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution“, S. 251

⁵⁶ Lenin, „Ausgewählte Werke“, Bd. 2, S. 12

⁵⁷ SLHA, Amtshauptmannschaft Pirna, Arbeiter- und Soldatenrat, Abt. III, Abschn. 3, Nr. 18-B 5, Bl. 18

⁵⁸ Siehe Protokolle der Stadtverordnetenversammlungen (Stadtarchiv Pirna)

11.⁵⁹ heißt es, daß das Verhältnis zwischen Arbeiter- und Soldatenrat und Stadtrat nicht zu „Reibungen und Unzuträglichkeiten“ geführt habe, daß keine „Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung“ eingetreten seien und daß Meinungsverschiedenheiten durch mündliche Aussprachen beseitigt werden konnten. Der Arbeiter- und Soldatenrat beanspruche keine Teilnahme an der städtischen Verwaltung. Und am 21. meldete die Amtshauptmannschaft, daß noch kein Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates als Kontrollorgan tätig sei. Auch zur Bezirksausschußsitzung sei noch niemand vom Arbeiter- und Soldatenrat erschienen.⁶⁰ Erst am 28. 11. nahmen Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates an einer Bezirksausschußsitzung teil. Ihre Beschlüsse wurden vom Amtshauptmann lediglich als „Anregungen“ bezeichnet.⁶¹

An diesen Tatsachen änderte auch die zeitweilige Bewachung der Amtszimmer durch bewaffnete Arbeiter und Soldaten nichts. Es ist klar, daß der Arbeiter- und Soldatenrat auch in Pirna nur dann ein Kampforgan im Sinne einer sozialistischen Revolution werden konnte, wenn er dazu überging, die alte Staatsmaschine zu zerschlagen, Schritt für Schritt die Organe des Kaiserreiches von reaktionären und militaristischen Kräften zu säubern, die revolutionären Arbeiter und Soldaten zu bewaffnen und sie für die Übernahme der Staatsmacht vorzubereiten. In verhältnismäßig wenigen Orten haben die Arbeiter- und Soldatenräte eine solche revolutionäre Rolle gespielt. Um ein endgültiges Urteil über den Pirnaer Arbeiter- und Soldatenrat fällen zu können, ist es zunächst notwendig, seine Tätigkeit genauer zu untersuchen.

Die Tätigkeit des Arbeiter- und Soldatenrates Pirna bis Ende November -der „Flaggenstreit“

Am 13. 11., dem Tag des Thronverzichts des sächsischen Königs, erschien eine Bekanntmachung über die Wahl und Zusammensetzung des Vorstandes des Exekutivkomitees des Arbeiter- und Soldatenrates der Stadt und AHM Pirna, der den vorläufigen Vorstand vom 9. 11. (Kimmich, Rostek, Weiß, Fitz, Wülfig und Trebst)⁶² ablöste. Der Vorstand hatte das Volkshaus als Tagungsort gewählt und tagte von nun an in Permanenz.⁶³ Eine Sicherheitswehr aus Arbeitern und Soldaten wurde geschaffen. Außer dem Pirnaer Arbeiter- und Soldatenrat, der für die Stadt und AHM Pirna zuständig war, gab es zunächst noch einen Arbeiter- und Soldatenrat mit Zuständigkeit für die Stadt Sebnitz; in Königstein und Bad Schandau bildeten sich Soldatenräte.

Die Arbeiter- und Soldatenräte erkannten nach einem Bericht von Thümmels⁶⁴ „weder die Verfügungen der derzeitigen Reichsleitungen noch des Dresdner Vereinigten revolutionären Arbeiter- und Soldatenrates als übergeordnete Landeszentralstelle an“. Sie waren der Ansicht, daß jeder Bezirk für sich arbeiten solle, zweifellos auf Grund der richtigen Erkenntnis der revolutionshemmenden Rolle dieser Organe. Ein Unter- oder Überordnungsverhältnis in bezug aufeinander lehnten sie ab.

Eine der ersten Maßnahmen des Arbeiter- und Soldatenrates war es, am 16. 11. zur sofortigen Wahl von Arbeitern für den Arbeiter- und Soldatenrat in den Betrieben aufzurufen.⁶⁵ Die Akten enthalten Unterlagen über solche Wahlen bei den Bauamtsarbeitern und bei den Arbeitern der Gas-, Wasser- und Elektrizitätsbetriebe. Selbstverständlich wurden die Wahlen auch in den anderen Betrieben durchgeführt.

Gleichfalls am 16. 11.⁶⁶ forderte der Arbeiter- und Soldatenrat die Landwirte der AHM Pirna auf, ihre Erzeugnisse nur noch zu den bestehenden Höchstpreisen zu verkaufen, und am 18. 11.⁶⁷ bestimmte er, daß Lohnkürzungen in den Betrieben nicht erfolgen dürfen und daß Arbeiter und Angestellte nur entlassen werden können, „wenn sie ihre Entlassung selbst verlangen und nachweisen können, daß sie anderweitig wieder in Arbeit treten können“. Beide Anordnungen standen im Zusammenhang mit der furchtbaren wirtschaftlichen Lage, die durch den imperialistischen Krieg und die maßlose Ausbeutung der Werktätigen hervorgerufen worden war. Unternehmer hatten trotzdem in einigen Betrieben rücksichtslos in größerer Zahl Arbeiter entlassen.

Spätestens am 1. 1. 1919 sollte nach dem Aufruf des Rates der Volksbeauftragten der achtstündige Maximalarbeitstag in Kraft treten.⁶⁸ In Sachsen wurde eine entsprechende Verordnung über den Achtstundentag am 25. 11.⁶⁹ wirksam, und der Arbeiter- und Soldatenrat Pirna nahm noch am gleichen Tag dazu Stellung,⁷⁰ wobei Kimmich einen geschichtlichen Rückblick über die Forderung der Arbeiter nach dem Achtstundentag gab und sehr richtig erklärte, daß dieser erst der Anfang sei auf dem Wege zur Befreiung der Arbeiterklasse vom kapitalistischen Joch. Auf dem begonnenen Wege müsse man weiterschreiten bis zum Sieg der Arbeiterklasse. Eine Kraftprobe des Arbeiter- und Soldatenrates war der Versuch, anlässlich des Einzuges der Fronttruppen die Beflaggung der Häuser mit roten Fahnen durchzusetzen. Der Rat beschloß eine Dekoration in der Gartenstraße

⁵⁹ Stadtarchiv Pirna, B III-XXXI, 1, Bl. 10

⁶⁰ SLHA, Kreishauptmannschaft Dresden, Nr. 222, Bl. 32

⁶¹ SLHA, Amtshauptmannschaft Pirna, A.- u. S.-Rat, B 15 b. Bl. 33

⁶² SLHA, Amtshauptmannschaft Pirna, Abt. TU, Abschn. 3, Nr. 18 - B 5, Bl. 8

⁶³ SLHA, Kreishauptmannschaft Dresden, Nr. 222, Bl. 43

⁶⁴ SLHA, Amtshauptmannschaft Pirna, ebenda, Bl. 27

⁶⁵ Stadtarchiv Pirna, B III-XXXI, 1, Bl. 16

⁶⁶ L 24

⁶⁷ L 24

⁶⁸ L 3.

⁶⁹ L 34.

⁷⁰ SLHA, Amtshauptmannschaft Pirna, B 5, Bl. 31

und veröffentlichte am 23. 11.⁷¹ einen Aufruf „An die Einwohnerschaft Pirnas“ mit der Aufforderung, den Kämpfern der Garnison Pirna zur Ehre, die vom Schauplatz des Todes zurückkehren, die Häuser zu schmücken und rote Fahnen zu hissen. Das Pirnaer Bürgertum, gestützt von Bürgermeister Stark und vom Stadtrat, ermuntert vom Pirnaer Anzeiger, flaggte jedoch zum großen Teil in den alten Farben. Als der Arbeiter- und Soldatenrat schwarz-weiß-rote Flaggen entfernen ließ, erhob der Stadtrat Einwände, und der Stadtverordnetenvorsteher erlaubte sich die Frechheit, die sächsische Regierung zu ersuchen, „Einfluß bei dem hiesigen Arbeiter- und Soldatenrat geltend zu machen, daß zur Begrüßung auch Fahnen in den deutschen (schwarz-weiß-rot) und sächsischen (grün-weiß) Farben aufgezogen werden dürfen“.⁷²

Die Regierung (Lipinski und Buck) fiel dem Arbeiter- und Soldatenrat in den Rücken (2.12.).⁷³ Nur die öffentlichen Gebäude des Staates seien mit roten Fahnen zu schmücken. Der Arbeiter- und Soldatenrat ließ sich dadurch nicht stören und gab am 6. 12.⁷⁴ durch Anschlag bekannt, daß nur rote, schwarz-rot-gelbe, rot-gelbe (Stadtfarben) oder grün-rot-gelbe (alte Stadtfarben) Fahnen zugelassen sind. „Die Fahnen der früheren Regierung haben nicht mehr Anspruch auf Achtung, da der unter diesem Banner vollführte Lug und Trug täglich mehr offenbar wird. Wer die unter dem früheren Banner verübten Verbrechen am Menschentum gutheißt, kann seine Gesinnungen durch Aushängen der schwarz-weiß-roten oder grün-weißen Fahnen bekunden.“

Dieser richtigen Anordnung kamen aber die einziehenden Truppenteile, die verhetzt waren und sich noch der Kommandogewalt reaktionärer kaisertreuer Offiziere fügten, nicht nach. So passierte es, daß die am 6. 12.⁷⁵ zurückkehrenden Pioniere, denen auch Siegfried Rädels als Vorsitzender des Soldatenrates des Bataillons 323 angehörte, mit den Farben schwarz-weiß-rot einmarschierten. Als die Pioniere am Schwarzen Adler die Ehrenpforte erreichten, kommandierte ein Offizier: „Auf das Trottoir! Nicht durch die Ehrenpforte!“ und auf der Breiten Straße befahl er: „Schwarz-weiß-rote Fahnen heraus!“⁷⁶ Es gelang auch, bei der Stadtverwaltung die Beflaggung der Häuser mit den Fahnen des kaiserlichen Regimes zu erreichen.

Siegfried Rädels erklärte sich jedoch am 7. 12. mit den Kameraden seines Bataillons und der 4. Feld-Kompanie Pion. 12 solidarisch mit dem Pirnaer Arbeiter- und Soldatenrat.⁷⁷

Als kurz vor Weihnachten noch die Pirnaer Pioniere und das Pirnaer Feldartillerieregiment einzogen,⁷⁸ war es nicht möglich, das Bürgertum an der Beflaggung mit schwarz-weiß-roten Fahnen zu hindern. Eine chauvinistische Welle ging durch die Stadt wie zu Kaisers Zeiten, mit Ehrenjungfrauen und Festgeläut, Feldgottesdienst und Buntfeuer.

Die Entwicklung bis Ende Dezember - Putschversuch des Soldatenrates

Anfang des Monats, am 4. 12.,⁷⁹ besprach der Arbeiter- und Soldatenrat die Organisation im Bezirk auf Grund des Beschlusses des provisorischen Landesrates der Arbeiter- und Soldatenräte Sachsens vom 3. 12.,⁸⁰ wonach sich die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte der AHM zu Bezirksverbänden zusammenschließen sollten. Ein Vorschlag Kimmichs wurde angenommen, in Pirna, Königstein, Schandau, Sebnitz, Mügeln, Glashütte und evtl. Gottleuba und Berggießhübel örtliche Arbeiter- und Soldatenräte zu bilden, die sich den Beschlüssen des großen Arbeiter- und Soldatenrates der AHM Pirna unterstellen müssen (weitere Einzelheiten über ihre Bildung usw. können nicht gebracht werden). Erwähnenswert ist ferner, daß der Arbeiter- und Soldatenrat in einem Landhaus in Kleinsedlitz Lebensmittel beschlagnahmte, die er zum Teil der Kleinkinderbewahranstalt und dem Waisenhaus zur Verfügung stellte. Diese und noch weitere Durchsuchungen und Beschlagnahmungen erfolgten gegen den Widerstand der AHM und der Ortsbehörden und zeigen den wachsenden Willen des Arbeiter- und Soldatenrates neben und gegenüber dem alten Staatsapparat seine Machtbefugnisse zu erweitern. So protestierte er auch gegen die Zusammensetzung des Landes-Arbeiter- und Soldatenrates und beschloß, dessen Befehle so lange zu ignorieren, bis auch die Arbeiter- und Soldatenräte der übrigen größeren Städte eine Vertretung im Landesrat bekommen. Hier zeichnen sich Gegensätze ab zwischen dem Wollen des örtlichen Rates und der gegenrevolutionären Tendenz des zentralen Landesrates, der die Arbeiter- und Soldatenräte zu Kontrollinstanzen degradieren und ihre Wirksamkeit auf die Gemeinden bzw. Amtshauptmannschaften einschränken wollte.

⁷¹ L 36.

⁷² L 37.

⁷³ L 37.

⁷⁴ L (Anhang).

⁷⁵ L 37.

⁷⁶ Aussagen von Karl Winkler in einer Konsultation

⁷⁷ L 37.

⁷⁸ „Pirnaer Anzeiger“

⁷⁹ L 42.

⁸⁰ „Die Arbeiter- und Soldatenräte sind Träger der politischen Gewalt. Eingriffe in die Verwaltung haben zu unterbleiben. Doch ist eine Kontrolle durch die Arbeiter- und Soldatenräte unerlässlich . . .“ „Der für den Bezirk einer AHM gebildete Arbeiter- und Soldatenrat hat das Recht, Abgeordnete zu den Sitzungen des Bezirksausschusses zu entsenden. . . Sie können weitere Vertreter zur ständigen Überwachung der Geschäfte der AHM abordnen.“ „Die Arbeiter- und Soldatenräte (bei den Gemeinden) haben die Überwachung der Tätigkeit der Gemeindebehörden auszuüben.“ (L 41)

Am 9. 12. hielt Rühle einen instruktiven Vortrag über Sozialismus, der ungeteilten Beifall erzielte, und der Aktionsausschuß schlug vor, zur Aufklärung der Bevölkerung ein Flugblatt herauszugeben, dessen Wortlaut verlesen wurde. Einstimmige Annahme auch hier. Leider geben die Quellen keine Auskunft über Einzelheiten des Vortrages und den Wortlaut des Flugblattes, so daß sich keine Schlußfolgerungen über den ideologischen Reifegrad des Arbeiter- und Soldatenrates in dieser Zeit ziehen lassen. Es kann jedoch festgestellt werden, daß der Arbeiter- und Soldatenrat und besonders die Mitglieder des Exekutivkomitees unermüdlich politische Agitation und Propaganda im Sinne des Sozialismus unter den Arbeitern und auch auf dem Lande betrieben haben. Tagtäglich waren die führenden Arbeiterratsmitglieder auf den Beinen, hielten Versammlungen in den einzelnen Ortschaften ab und agitierten für eine revolutionäre Linie, wobei besonders der Einfluß Rühles spürbar war. So beschwerte sich Amtshauptmann von Thümmel in einem sehr aufschlußreichen Geheimbericht an das sächsische Arbeits- und Wirtschaftsministerium,⁸¹ an dessen Spitze der Sozialdemokrat Schwarz stand, über Reden von Kimmich und Rühle im Bezirk und ihre „Propaganda für den Kommunismus, für bolschewistische Ideen“⁸²

In der Sitzung am 9. 12.⁸³ wurde außerdem eine Verordnung besprochen, die am 10. 12. im Amtsblatt erschien und die Unternehmer anweist, die Auslagen und eine Entschädigung für den Zeitaufwand der Arbeiter, die dem Arbeiter- und Soldatenrat angehören, in Form der Weiterzahlung des Stundenlohnes usw. zu gewähren. Am 18. 12. verließ der Arbeiter- und Soldatenrat dieser Anordnung durch folgende Bekanntmachung Nachdruck: „Bleiben Anordnungen des Arbeiter- und Soldatenrates von den Betriebsunternehmern vorsätzlich unbeachtet, so daß deren Durchführung durch Arbeitseinstellungen seitens der Arbeiter erzwungen werden muß, wird der betreffende Betriebsunternehmer persönlich zur Rechenschaft gezogen, evtl. seine sofortige Verhaftung angeordnet.“⁸⁴ Hier sehen wir einen Ansatz des Arbeiter- und Soldatenrates, die ihm von den opportunistischen Führern gesetzten Grenzen zu sprengen. Lipinski bezeichnete diese Anordnungen des Arbeiter- und Soldatenrates Pirna als „unzulässige Eingriffe“.

Auch die Kontrolltätigkeit wurde stärker. Sämtliche in den Zeitungen erscheinenden Bekanntmachungen der AHM und des Bezirksverbandes mußten dem Arbeiter- und Soldatenrat vorgelegt werden. Regelmäßig nahm er an den Sitzungen des Bezirksausschusses teil, stellte Fragen zu Tagesordnungspunkten, äußerte seine Meinung darüber, ja beantragte selbst Punkte auf die Tagesordnung zu setzen. Darüber hinaus erhob er Anspruch auf Genehmigung jedes Ortsgesetzes, konnte sich jedoch in dieser wichtigen Machtfrage nicht durchsetzen.⁸⁵

Organisatorisch schuf er ein Bindeglied zwischen den Arbeiterräten der einzelnen Bezirke innerhalb der AHM. Zu diesem Zweck wurden je drei Mitglieder aus jedem Bezirk gewählt.⁸⁶

Zusammenfassend muß man sagen, daß besonders der Arbeiterrat Ende November bis Mitte Dezember seine Stellung festigte, in seiner Linie revolutionärer und in seiner Tätigkeit aktiver und energischer wurde. Über 700 schriftliche Anfragen erledigte allein das Exekutivkomitee.⁸⁷ Viel Zeit und Kraft verschlang die Lösung des Problems der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, und überall mußte der Arbeiter- und Soldatenrat Widerstände der Orts- und zentralen Behörden überwinden. Er erkannte dabei immer klarer, daß die neuen Verordnungen des Arbeitsministeriums und des Generalkommandos nur Mittel zur Knebelung der Arbeiter- und Soldatenräte waren, einschließlich der Bestimmungen über die Arbeitslosenfürsorge (Kimmich in der Sitzung vom 2. 1. 1919).⁸⁸ Der Bericht Rosteks in der Arbeiter- und Soldatenrats-Sitzung vom 16. 12.⁸⁹ gibt eine gute, zusammenfassende Einschätzung der Tätigkeit des Rates. Schließlich läßt auch eine Stellungnahme zum Reichsrätekongreß die Haltung des Arbeiter- und Soldatenrates erkennen. Er verfaßte in der Sitzung am 12. 12.⁹⁰ eine Resolution, in der es heißt: „Sollten in Berlin Beschlüsse angenommen werden, die sich gegen die Revolution kehren, fühlt sich der Pirnaer Arbeiter- und Soldatenrat nicht gebunden.“ Doch während besonders der Arbeiterrat die Revolution weiterführen wollte, stand die Mehrheit des Soldatenrates auf der Position der „Regierungssozialisten“ Ebert und Scheidemann. Mit steigendem Unwillen verfolgte sie das energische Vorgehen des Arbeiterrates. Als dieser die Waffen, die im Volkshaus lagerten,⁹¹ in der richtigen Erwägung, sie nutzbringend gegen eventuelle konterrevolutionäre Putschversuche einzusetzen, an die Arbeiter verteilen wollte,⁹² faßten Mitglieder des Soldatenrates (besonders der Vorsitzende Fitz, daneben vor allem Rentzsch und Höppner) den unglaublichen Beschluß, den Arbeiterrat zu beseitigen und die Waffen in die Kasernen zu überführen.

⁸¹ SLHA, Amtshauptmannschaft Pirna, B 5, Bl. 49-52

⁸² SLHA, Kreishauptmannschaft Dresden, Nr. 222, Bl. 43

⁸³ L 43.

⁸⁴ „Pirnaer Anzeiger“

⁸⁵ SLHA, Amtshauptmannschaft Pirna, B 5, Bl. 49-52

⁸⁶ L 42.

⁸⁷ L 46.

⁸⁸ L 52.

⁸⁹ L 46.

⁹⁰ „Pirnaer Anzeiger“ vom 14. 12. 1918.

⁹¹ Mehr als 300 (60 Gewehre waren im Volkshaus unter dem Dach verborgen), auch die Sicherheitswehr und ein Teil der Arbeiter in den Betrieben waren bewaffnet (Aussagen von Parteiveteranen).

⁹² Ein angeblicher Beschluß des Arbeiterrates, sie schon am 13. abends zu verteilen, war jedoch nicht gefaßt worden (L 46).

gegen bewaffnete Einheiten des Proletariats vor. Die „Unabhängigen“ schwankten wie üblich und suchten nach Kompromißmöglichkeiten mit den Rechten. Daran änderte auch der Austritt der drei unabhängigen Volksbeauftragten aus der Regierung Ebert nicht viel, nachdem diese in den Weihnachtstagen die Volksmarinedivision vernichten wollte. Ihr Versuch, Räte- und Nationalversammlung miteinander zu verbinden, zeigt deutlich ihre schwankende Klassenposition. Einzig der Spartakusbund führte einen kompromißlosen Kampf um die Weiterführung der Revolution bis zur Herrschaft des Proletariats, bis zum Sturz der kapitalistischen Ordnung. Er bewies vielfach seine Treue zum proletarischen Internationalismus. Unermüdlich wirkten seine Mitglieder unter den Soldaten, unter den Arbeitern und erwarben sich trotz aller Hetze gegen die „Spartakisten“ immer größere Autorität. Die Ziele des Spartakusbundes wurden auch von der Jugend in zunehmendem Maße aufgegriffen. Die Freie Sozialistische Jugend veröffentlichte in ihrem Organ „Die Junge Garde“ vom 11. 12. 1918 Leitsätze, die in vollem Umfang mit dem revolutionären Programm des Spartakusbundes übereinstimmten. Es heißt dort u. a.:

„Die proletarische Jugend ist überzeugt, daß nur durch die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, nur durch endgültige Abschaffung aller Lohnarbeit überhaupt, ihr Endziel, die klassenlose sozialistische Republik der arbeitenden Massen, verwirklicht werden kann. Sie erklärt sich darum gegen jede Herrschaft und Mitbestimmung kapitalistischer Elemente (Koalitionsregierung, Nationalversammlung) und fordert, daß die gesamte Gewalt allein in die Hände der revolutionären Arbeiter- und Soldatenräte gelegt wird.“¹⁰⁷

Aber der Spartakusbund war keine Partei. Seine organisatorische Zugehörigkeit zur USPD hemmte den revolutionären Klärungsprozeß in den Arbeitermassen. Trotz ihrer Mängel (föderalistisches Organisationsprinzip u. a.) haben die Bremer Linken, inzwischen seit dem 23. 11. „Internationale Kommunisten Deutschlands“, die Bedeutung einer revolutionären Partei des Proletariats schon sehr früh erkannt. Bereits am 15. 12. 1917 schrieb Johann Knief in der Bremer „Arbeiterpolitik“, Erfahrungen der Oktoberrevolution für Deutschland verallgemeinern:

„Wie aber war es möglich, daß die russische Revolution so schnell ihren Fortgang nahm? Einzig und allein deshalb, weil in Rußland eine selbständige Partei der Linksradikalen war, die vom ersten Augenblick an das Banner des Sozialismus entfaltete und im Zeichen der sozialen Revolution kämpfte.“¹⁰⁸

So aber kam die Linksentwicklung der Arbeiterschaft in der Revolution nicht in erster Linie den Kommunisten, sondern den Unabhängigen zugute. Das wirkte auch noch weiter bis tief in das Jahr 1919 hinein. Die Kluft zwischen den opportunistischen Führern und den revolutionären Arbeitern wurde größer. Seit Mitte Dezember 1918 forderte die Zentrale des Spartakusbundes den Parteivorstand der USPD auf, einen Parteitag einzuberufen, um die Mitglieder über die politische Linie und das weitere Schicksal der Partei entscheiden zu lassen. Rosa Luxemburg und Leo Jogiches vertraten die These, daß auf diese Weise aus der USPD eine revolutionäre marxistische Kampfpartei werden könnte. Am 14. 12. 1918 veröffentlichte der Spartakusbund in der „Roten Fahne“ sein von Rosa Luxemburg entworfenes Programm zur Klärung der Grundfragen der Revolution (es wurde später durch Beschluß des Gründungsparteitages zum Programm der KPD). Allein die USP-Führer drückten sich vor der Verantwortung. Sie lehnten die Einberufung eines Parteitages unter fadenscheinigen Gründen ab: es gäbe in diesen unruhigen Zeiten Verkehrsschwierigkeiten usw.

Erst jetzt entschloß sich die Zentrale des Spartakusbundes zur Trennung von der USPD.

Am 30. 12. 1918 begann der Gründungsparteitag der KPD in Berlin. An ihm nahmen auch als gleichberechtigte Delegierte die Vertreter der Internationalen Kommunisten Deutschlands teil, die sich zum Zusammenschluß in der KPD bereit erklärten. 46 Orte waren durch 83 Delegierte, der Rote Soldatenbund durch drei Mitglieder und die Jugend durch einen Delegierten vertreten. Außerdem nahmen noch 16 Zuhörer aus dem ganzen Reiche teil. Auch Pirna war nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission vertreten,¹⁰⁹ und zwar durch Siegfried Rädcl.

Das Programm legte „sofortige Maßnahmen zur Sicherung der Revolution, politische, soziale, wirtschaftliche Aufgaben und Forderungen fest. Darunter finden wir: Zerschlagung des alten Staatsapparates, Bewaffnung der Arbeiterklasse, Übergabe der gesamten Macht in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte, Verurteilung der Kriegsverbrecher durch ein Revolutionstribunal, einheitliche deutsche sozialistische Republik, Enteignung des Grund und Bodens der Groß- und Mittelbetriebe und Bildung landwirtschaftlicher Genossenschaften, Überführung der Banken, Bergwerke, aller Großbetriebe, des Verkehrswesens in die Hände des Volkes, sofortige Kontaktaufnahme mit den Bruderparteien des Auslandes, um die sozialistische Revolution auf internationale Basis zu stellen und den Frieden durch internationale Verbrüderung und revolutionäre Erhebung des Weltproletariats zu gestalten und zu sichern.“¹¹⁰

Damit erhielt die deutsche Arbeiterklasse durch die neugegründete KPD ein klares Programm der proletarischen Revolution.

„Aber diese Gründung war nicht genügend in den Massen vorbereitet. Sie wurde nicht als ein Akt zur Einigung der durch die sozialdemokratische Kriegspolitik gespaltenen Arbeiterklasse verstanden,

¹⁰⁷ „Dokumente“, Bd. 2, S. 587.

¹⁰⁸ „Dokumente“, Bd. 2, S. 44.

¹⁰⁹ „Dokumente“, Bd. 2, S. 685.

¹¹⁰ Ebenda, S. 696-705.

*durch den es dieser genügend klar wurde, daß es galt, eine konsequente revolutionäre Führung für die Durchsetzung ihrer Interessen zu schaffen. So vollzog sich die Gründung der Partei mehr als eine organisatorische Maßnahme. Nur eine relativ kleine Vorhut der Arbeiterklasse wurde erfaßt, die noch dazu politisch keineswegs einheitlich war. Die Folge war, daß schon auf der Gründungskonferenz schwere politische Fehler in der Einschätzung der Lage gemacht wurden.*¹¹¹

Obwohl alle führenden Mitglieder des Spartakusbundes für die Beteiligung an den Wahlen und für die Mitarbeit in den Gewerkschaften eintraten, beschloß die Mehrheit der Delegierten beides abzulehnen. Zwar sprach Rosa Luxemburg in ihrem Referat von der Notwendigkeit, die Revolution aufs Land zu tragen, aber diese Forderung blieb zu abstrakt. Diese Mängel hatten ihre Ursache im unbändigen Haß aller ehrlichen Revolutionäre gegen die Verräter an der Sache des Proletariats, die Ebert und Scheidemann und die rechten Unabhängigen. Sie beruhen aber auch auf mangelnden theoretischen Kenntnissen bei der Mehrheit der Delegierten und auf alten Fehlern und Lücken des Spartakusprogramms.¹¹²

Die KPD entstand im Feuer der Revolution, kämpfte vom ersten Tage an in vorderster Front mit der Arbeiterklasse, beging mit ihr Fehler und korrigierte sie noch mitten im Kampf. Sie wuchs und erstarkte trotz aller Rückschläge, trotz Provokation, Terror, Gewalt und Mord.

Die Anfänge der KPD in Pirna

Seit den ersten Revolutionstagen bestand, wie wir wissen, auch in Pirna eine Gruppe des Spartakusbundes, der etwa 30 Mitglieder angehörten. Die Mehrheit der Vertreter des Arbeiterrates im Exekutivkomitee des Arbeiter- und Soldatenrates gehörte zum Spartakusbund oder sympathisierte wenigstens mit ihm. Im Laufe des November und Dezember 1918 schlossen sich ihm noch einige aus dem Krieg heimkehrende ehemalige Sozialdemokraten an, wie zum Beispiel Siegfried Rädcl und Willy Jost. Die örtliche Organisation der USPD schloß ja zunächst noch ziemlich alle SPD-Mitglieder zusammen, denn trotz des Rühleschen Einflusses in Pirna hat es hier keine organisierte Gruppe der Internationalen Kommunisten Deutschlands gegeben. In Pirna haben wir es damals auch nicht mit allzu starken rechten Kräften in der Arbeiterbewegung zu tun. Wir müssen immer berücksichtigen, daß innerhalb der USPD eine kleine Schicht opportunistischer und zentristischer Führer einer Masse einfacher revolutionärer Arbeiter gegenüberstand, die ernsthaft den Sozialismus erkämpfen wollten. Das müssen wir besonders auch für Pirna gelten lassen.

Aus einer Mitteilung Paul Rohnstocks geht hervor, daß diese Gegensätze innerhalb der proletarischen Jugend relativ früh erkannt wurden. Er berichtete von einem Kongreß der Sozialistischen Jugend in den Diana-Sälen in Dresden, vermutlich im November 1918. Dort kam es zu der Frage: Schließen wir uns dem Spartakusbund an oder nicht? Ein gewisser Freier, damals Leiter der Sozialistischen Jugend in Pirna, ging durch die Reihen und machte Stimmung gegen den Spartakusbund. Dennoch entschieden sich bei der Abstimmung die meisten für Spartakus und bildeten eine eigene Organisation, offenbar die „Freie Sozialistische Jugend“, die den Spartakusbund unterstützte. Die Leitung dieser Jugendorganisation übernahmen hier nacheinander die Körbitz und Kurt Bellmann.

Leider ist nicht bekannt, ob und wie der Gründungsparteitag der KPD in Pirna vorbereitet wurde. Vermutlich ist in der kurzen Zeit zwischen dem Beschluß der Zentrale des Spartakusbundes über die Trennung von der USPD und dem Gründungsparteitag nicht allzu viel geschehen. Hier wird deutlich, daß dieses wichtige Ereignis ideologisch kaum gründlich vorbereitet war und mehr oder weniger einem organisatorischen Akt gleichkam. Die ideologischen Voraussetzungen zur Gründung der KPD in Pirna waren auch recht dürftig. Das war das Erbe jahrelanger Tradition der SPD. Nur ungenügend wurde vor dem Weltkrieg den einfachen Mitgliedern, ja selbst den Funktionären unten, marxistisches Wissen vermittelt. Hier rächte sich die Politik des Rennens nach parlamentarischen und Wahlerfolgen, die dadurch vernachlässigte tiefgreifende Entwicklung des Bewußtseins der Arbeitermassen. Hier äußerte sich aber auch die zunehmende Durchsetzung der führenden Organe der SPD mit revisionistischen, opportunistischen und kleinbürgerlichen Elementen. Erst in Jahren harter Kämpfe überwand die KPD in ihren eigenen Reihen diese traurige Erbschaft.

Die Pirnaer Gruppe des Spartakusbundes vertrat auf dem Gründungsparteitag in Berlin Siegfried Rädcl. Die Gründung der KPD für Stadt und AHM Pirna fand am 15. Januar 1919 statt. In einer großen Versammlung im Volkshaus, der große Saal konnte die Teilnehmer nicht fassen, sprach Otto Rühle. Hier traten etwa 42 bis 45 Personen der Kommunistischen Partei bei. Die meisten kamen aus der Stadt Pirna, eine ganze Anzahl aber auch aus den umliegenden Orten. Es gelang also auch in Pirna nicht, die große Masse der Arbeiter in der USPD für die neue, die revolutionäre Arbeiterpartei zu gewinnen. Aus dieser Tatsache entsprang bei einigen ein ungeduldiges sektiererisches Verhalten, das nicht dazu angetan war, Klarheit in den Köpfen der Arbeitermitglieder der USPD zu schaffen, die doch in so großer Zahl an der Gründungsversammlung teilgenommen hatten.

Dennoch setzte sich nach einer Zeit der Verwirrung, die natürlich noch genährt wurde durch die Ermordung der besten Führer der Partei, Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Leo Jogiches, bald Klarheit durch. Die Mehrheit der KPD-Genossen erkannte aus der praktischen Kampferfahrung heraus den Wert der Arbeit im Parlament

¹¹¹ Wilhelm Pieck, „Reden und Aufsätze“, Bd. 1, Berlin 1950, S. 382.

¹¹² „Die Märzämpfe 1921“, Berlin 1956, S. 50.

und vor allem in den Gewerkschaften, denn die Partei mußte um jeden Arbeiter ringen und dazu jede Möglichkeit nutzen. Dieser Umschwung fiel zusammen mit der Übergabe der Leitung der Ortsorganisation Pirna an Richard Horx. Bei diesen Auseinandersetzungen half den Pirnaern vor allem Fritz Heckert, der sich hier gegenüber Rühle in bezug auf die Gewerkschaftsarbeit und die Beteiligung an Wahlen zu den parlamentarischen Vertretungen durchsetzte.

Dann begann die Bildung von Betriebsgruppen der KPD und die Gewinnung von Mitgliedern in den Betrieben. Gerade hier erwarben sich die Mitglieder der KPD durch ihren kompromißlosen Einsatz für die Rechte der Arbeiter deren Anerkennung. Das wurde bestätigt durch die Wahl eines Betriebsrates im Küttner-Betrieb, dem mit Siegfried Rädcl, Robert Klett und Willy Jost vorwiegend Kommunisten angehörten.

DIE JANUARKÄMPFE 1919

Trotz der Entscheidung des Reichsrätekongresses für die Einberufung einer Nationalversammlung wurde die Grundfrage Räte-macht oder Nationalversammlung von den Massen der revolutionären Arbeiter Anfang Januar erneut gestellt und drohte nach der Abwehr des zweiten Angriffes der Konterrevolution (auf die Volksmarine-division) in den Weihnachtstagen auch von ihnen entschieden zu werden. Die Gründung der KPD war ein entscheidender Schritt.

Ebert und Noske, der an Stelle der ausgetretenen Unabhängigen in den Rat der Volksbeauftragten eingetreten war, zogen reaktionärste Regimenter zusammen. Sie versuchten blutige Auseinandersetzungen zu provozieren, die Arbeiter zum vorzeitigen Kampf herauszulocken, um sie endgültig niederzuwerfen. Dadurch sollte ihren „freien Wahlen“ zu einer Nationalversammlung der Weg geebnet werden.

Am 4. Januar 1919 wurde der Berliner USPD-Polizeipräsident Eichhorn wegen seiner revolutionären Haltung abgesetzt. Eichhorn wich nicht und wollte sich schriftlich gegen gemeinste Anwürfe verteidigen. Umsonst. Am 5. 1. erklärte Eichhorn, sein Amt, das er von der Revolution empfangen habe, nur der Revolution zurückzugeben. Nachmittags marschierten riesige Demonstrationen, die sich solidarisch mit Eichhorn erklärten. Das Straßenschild glich dem des 9. November.

Am Abend kamen revolutionäre Obleute, Mitglieder des Zentralvorstandes der USPD, Karl Liebknecht und Wilhelm Pieck als Vertreter der KPD, Eichhorn und Dorrenbach von der Volksmarinedivision zusammen, besprachen die Lage, bildeten einen Provisorischen Revolutionsausschuß mit Liebknecht, Ledebour und Scholze an der Spitze und faßten den Beschluß zur Massendemonstration, zum politischen Streik für Eichhorn, für den Abzug der Noske-Truppen, für die Bewaffnung des Proletariats und darüber hinaus auch zum Sturz der Ebert-Scheidemann-Regierung. Das Letztere war ein Fehler, den die Zentrale der KPD am 8. 1. revidierte, indem sie Liebknecht und Pieck aus dem Revolutionsausschuß zurückzog.

Schon auf dem Gründungsparteitag hatte Rosa Luxemburg ausgeführt, daß man noch nicht soweit sei, die Regierung stürzen zu können. Die Mehrheit der Arbeiter befand sich noch unter dem Einfluß der rechten SPD-Führer. Es gälte zunächst „Schritt um Schritt“ zu kämpfen „in jedem Staat, in jeder Gemeinde, in jeder Stadt, um alle Machtmittel des Staates, die der Bourgeoisie Stück um Stück entrissen werden müssen, den Arbeiter- und Soldatenräten zu übertragen“.¹¹³ Notwendig war also vor allem den Generalstreik durchzusetzen, um die Bewaffnung des Berliner Proletariats vorzubereiten, die Stadt vor dem Einmarsch der Noske-Truppen zu schützen, zu diesem Zweck die vorhandenen militärischen Kräfte an die revolutionäre Bewegung zu ketten und schließlich die Aktionseinheit in der Hauptstadt herzustellen. Damit wäre ein Ausgangspunkt für die weitere revolutionäre Entwicklung geschaffen worden.

Die Arbeiter nahmen noch am 5. 1. den Generalstreikbeschluß mit Jubel entgegen. In einer spontanen Aktion wurden das „Vorwärts“-Gebäude erneut von ihnen eingenommen, um 19 Uhr das Wolffsche Telegraphenbüro, um 23 Uhr der Ullstein-Verlag und in der Nacht Mosse, Büxenstein und Scherl (weitere Verlage) besetzt.

Am 6. 1. begann die bis dahin größte Demonstration Berlins. Über eine halbe Million Menschen streikten und demonstrierten. Die Massen fühlten, daß gehandelt werden mußte, aber - die Führer berieten. Trotz der Bemühungen der KPD konnten sich die USPD-Führer und die revolutionären Obleute zu keiner revolutionären Tat aufraffen. Der linke Unabhängige Ledebour forderte noch am 5. 1. „aufs Ganze“ zu gehen, befürwortete aber sechzehn Stunden später Verhandlungen.

Der Revolutionsausschuß erklärte sich schließlich mit 51 gegen 10 Stimmen für Verhandlungen mit Ebert, „offenbar darüber, ob sich die Regierung stürzen lassen wolle“.¹¹⁴

Die SPD-Führung in Berlin war zunächst völlig isoliert. Die Berliner Truppen, die sogenannte Republikanische Soldatenwehr (Schutzgarde Eberts) und die Sicherheitswehr ließen sich nicht gegen die Arbeiter einsetzen. Noske, der am 6. 1. erklärte, den „Bluthund“ machen zu wollen, rief die Bourgeoisie zu Hilfe, um die „heilige Ordnung in Deutschland zu schirmen“.¹¹⁵ Er biederete sich bei den reaktionärsten Generalen an und forderte die Aufstellung von Freikorps. Die antibolschewistische und antispartakistische Hetze feierte Orgien.

¹¹³ Nach Rasmuss, „Die Januarkämpfe 1919 in Berlin“, Berlin 1956, S. 29-30 50.

¹¹⁴ Hermann Müller (zitiert bei Rasmuss, a. a. O., S. 32).

¹¹⁵ Rasmuss, S. 43. Vgl. zur Novemberrevolution und besonders zu den Januarkämpfen: Sebastian Haffner, Der Verrat – Deutschland 1918/19. München 1979 und den Auszug daraus in Zwecklegenden. Die SPD und das Scheitern der Arbeiterbewegung. Berlin 1996, S. 153-162.

Am 8. begann der Angriff der Konterrevolution. Am 9. wurden die Verhandlungen abgebrochen. Die Periode des Gleichgewichts zwischen Revolution und Konterrevolution war beendet.

Blutige Kämpfe tobten am 11. 1. Das „Vorwärts“-Gebäude wurde nach Artillerievorbereitung von einer Übermacht vertierter Soldaten im Nahkampf „erobert“. 300 heldenhafte Kämpfer, die lieber sterben wollten, als mit dem Todfeind verhandeln, fielen in die Hände der Soldateska, die sie mit Gewehrkolben und Peitschen blutig schlug. Im Kampf um das Mosse-Haus war besonders die revolutionäre Jugend aktiv beteiligt. Auch um den Ullstein-Verlag, das Wolff sehe Telegraphenbüro und den Büxenstein-Verlag fanden heftige Kämpfe statt. Das Polizeipräsidium am Alex konnte erst am 12. 1. nach einstündigem Beschuß mit 10,5-cm-Artillerie, durch Handgranatentrupps im Nahkampf genommen werden.

Furchtbar wütete der weiße Terror. Sieben Parlamentäre des „Vorwärts“ wurden mit Peitschen und Gewehrkolben bis zur Unkenntlichkeit geschlagen, ausgeplündert und erschossen, fünf Revolutionäre aus dem Polizeipräsidium auf offener Straße an die Wand gestellt und gleichfalls erschossen. So zog die „heilige Ordnung“ Noskes ein. Sie mündete in offene Mordhetze gegen die Führer der jungen KPD, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Der Großkapitalist Stinnes forderte auf einer Konferenz der Antibolschewistischen Liga am 10. 1. 500 Mill. Mark zur Finanzierung des Terrors und der Morde!

„Nieder mit den Spartakisten! heult es in den Gassen. Packt sie, peitscht sie, schießt sie, speißt sie, trampelt sie nieder, reißt sie in Fetzen! . . . Spartakus niedergerungen! O gemacht! Wir sind nicht geflohen, wir sind nicht geschlagen. Und wenn sie uns in Banden werfen - wir sind da, und wir bleiben da! Und der Sieg wird unser sein! . . . Noch ist der Golgathaweg der deutschen Arbeiterklasse nicht beendet - aber der Tag der Erlösung naht. . . und ob wir dann noch leben werden, wenn es erreicht wird, - leben wird unser Programm; es wird die Welt der erlösten Menschheit beherrschen. Trotz alledem!“ (Karl Liebknecht am 15. 1. 1919)¹¹⁶

Am 15. 1. wurden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg meuchlings ermordet. Ein Offizierskommando ließ Karl Liebknecht erschießen und verwischte die Spur, indem es ihn als unbekannt Leiche einlieferte. Die kranke, schwache Rosa Luxemburg bekam furchtbare Schläge auf den Kopf, wurde erschossen und in den Landwehrkanal geworfen. Erst im Juni fand man ihre Leiche. Am 25. 1. und 13. 7. wurden beide bestattet. Hunderttausende folgten schweigend ihren Särgen. Nach der Niederlage in Berlin unterdrückten die Noske-Truppen mit brutaler Gewalt die Bewegungen in den anderen Teilen Deutschlands. Hunderte Arbeiter wurden ermordet.

Der Arbeiter- und Soldatenrat in Pirna erkannte schon am 7. 1. die Bedeutung der Massenaktionen in Berlin. An diesem Tage demonstrierte ein großer Teil der Soldaten der Pirnaer Garnison (ca. 1200) gegen die Wiedereinführung der Grußpflicht und des Exerzierdrills. Die Demonstration endete auf dem Marktplatz mit einer Versammlung, auf der auch Kimmich sprach.¹¹⁷ Er deutete in seiner Rede an, daß die nächsten Tage große Umwälzungen bringen würden, die aber für sie nicht überraschend kämen.

Am 10. 1. fanden dann auch in Dresden Demonstrationen statt.¹¹⁸ Arbeiter, Soldaten, Frauen und Jugendliche marschierten unter der Losung: Hoch lebe Liebknecht! Nieder mit der gekauften Ebert-Scheidemann-Regierung! Nieder mit dem Kapitalismus! Sie trugen rote Fahnen voran. Vor dem Gebäude der Volkszeitung, mit deren Schriftleitung sie verhandeln wollten, wurde auf die Arbeiter geschossen. Fünfzehn Personen wurden getötet, über 55 zum Teil schwer verletzt.¹¹⁹

Der konterrevolutionäre Arbeiter- und Soldatenrat von Groß-Dresden reagierte am nächsten Tag mit einer Bekanntmachung, die kommunistische Versammlungen und „Zusammenrottungen“ verbot.¹²⁰ Rühle wurde verhaftet. Die USPD veranstaltete am Nachmittag des 11. 1. eine Protestversammlung mit anschließendem Demonstrationenzug, an der sich etwa 1000 Personen beteiligten.¹²¹ Kimmich sprach am gleichen Tag in einer Versammlung der Soldaten der Pirnaer Garnison, in der er auf die Gefahr konterrevolutionärer Putschversuche seitens der bürgerlichen Parteien hinwies und damit die Nichtablieferung der Waffen in Pirna rechtfertigte. Er trat dafür ein, die Wahlen zur Nationalversammlung zu verhindern.¹²² (Näheres siehe im Abschnitt über Wahlen.)

Am 13. 1. fand in Pirna und in den Industriegebieten elbabwärts ein Proteststreik¹²³ gegen das „Blutbad der Regierungssozialisten“ am 10. 1. in Dresden statt. Die Arbeiter legten die Arbeit nieder und versammelten sich

¹¹⁶ Ebenda, S. 48.

¹¹⁷ L 55, 56 und Stadtarchiv Pirna, Abt. XXXIII, Nr. 1, Bl. 47.

¹¹⁸ L 54.

¹¹⁹ „Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution“, S. 381.

¹²⁰ L 53.

¹²¹ Die sächsischen USPD-Volksbeauftragten Fleißner, Geyer und Lipinski nahmen am 17. 1. das Blutbad vor der Volkszeitung zum Anlaß, aus der Regierung auszutreten. Dieser Schritt ist ähnlich zu bewerten wie der bereits am 28. 12. erfolgte Rücktritt von Haase, Dittmann und Barth. Er war ein Ergebnis der Krise in der USPD, die durch ein Verbleiben ihrer Minister in der Regierung noch schneller zerfallen wäre. An die Stelle der USPD-Führer traten wie in Berlin rechte Sozialdemokraten: Harnisch (Justiz), Nitzsche (Finanzen), Heldt (Arbeit), Neuring (Militärwesen).

¹²² SLHA Kreishauptmannschaft Dresden, Nr. 222.

¹²³ Ebenda, Bl. 66.

auf der Reitbahn, wo Kimmich und Rostek sprachen. Ihre Ausführungen standen unter der Parole: „Nieder mit der Regierung Ebert-Scheidemann! Heraus mit Rühle aus der Haft!“ 2000-3000 Menschen, auch aus Mügeln, Zschachwitz und anderen Orten demonstrierten danach durch die Stadt. Sie führten rote Fahnen und Plakattafeln mit folgenden Aufschriften mit: „Heraus mit Rühle! Hoch Rühle! Wir wollen kein Blutvergießen, aber die sozialistische Republik!“ Viele Jugendliche befanden sich im Zug, auch Frauen, Schüler und Soldaten der Garnison. Sie riefen: „Nieder mit der Regierung der Bluthunde! Nieder mit der Regierung Ebert-Scheidemann! Hoch Liebknecht und Rühle! Hoch Rosa Luxemburg!“

Die Trauerfeier für die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts wurde später auf den 26. 1. verlegt.¹²⁴ Genauere Unterlagen über ihre Durchführung sind nicht vorhanden.

„FREIE WAHLEN“

Die blutige Niederwerfung der revolutionären Arbeiter durch die Noskegardien in den Januartagen und die Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs waren der Auftakt zu den „freien Wahlen“ im Sinne Eberts. Schon seit Mitte Dezember¹²⁵ entfaltete die Bourgeoisie eine rege Tätigkeit. Erstmals durften übrigens auch Frauen mitwählen. Die alten bürgerlichen Parteien erschienen in Neuauflage, getarnt mit demokratischen Namen. Auch in Pirna bildeten sich Ortsgruppen dieser Parteien. Am 8. 12. bereits konnte man im Pirnaer Anzeiger den Gründungsauftrag einer Ortsgruppe der Deutschen Demokratischen Partei lesen, am 25. 12. trat die Deutsch-nationale Volkspartei (früher Konservative) hervor, am 28. 12. die Deutsche Volkspartei (ehemals Nationalliberale) und später auch die Christlich-Demokratische Volkspartei (Zentrum). Versammlungsort dieser Parteien war der „Schwarze Adler“. Sogar einen „Bürgerausschuß zur Vorbereitung der Wahlen für die Nationalversammlung“¹²⁶ gab es und einen „Ausschuß der Festbesoldeten“. Die Kirche verhielt sich gleichfalls nicht passiv, sondern nahm vor allem gegen die fortschrittliche Schulpolitik Stellung. So fand z. B. am 9. 1. im „Schwarzen Adler“ eine Kundgebung gegen die Beseitigung des Religionsunterrichtes statt. In der letzten Woche vor dem 19. 1., dem Tag der Wahlen zur Nationalversammlung, verstärkte sich die bürgerliche Wahlagitation außerordentlich. Stöße von Flugblättern (Wahlaufträge und Vorschlagslisten der Parteien) wurden an Straßenpassanten verteilt. Der „Pirnaer Anzeiger“ brachte seitenvolle Wahlaufträge und Parteiparolen, die im wesentlichen eines gemeinsam hatten, den unbändigen Haß gegen die revolutionären Kräfte, wobei der „Pirnaer Anzeiger“ ungestraft seine Spalten für jede Art von widerlicher antispartakistischer und antibolschewistischer Hetze zur Verfügung stellen durfte.

Die Stellung der Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates zu den Wahlen war nicht einheitlich. Ein Teil, besonders Martin Schäfer und Karl Winkler,¹²⁷ war stark von Rühle beeinflusst, der gegen jede Beteiligung an der Wahl, überhaupt gegen jede Art von Parlamentarismus auftrat. Bekanntlich entschied sich die Mehrheit des Gründungsparteitages der KPD im Gegensatz zur Leitung des Spartakusbundes gegen die Teilnahme an den Wahlen. Das war ein Fehler.

Für die Beteiligung an den Wahlen setzten sich dagegen Schirmer und Rostek ein.¹²⁸ Die Haltung Kimmichs war offenbar schwankend. In Versammlungen scheint er einige Male gegen Wahlen Stellung genommen zu haben, zumindest gegen sofortige, so z. B. am 13. 1., wo er ausführte, daß erst dann vielleicht eine Nationalversammlung gewählt werden könne, „wenn sich die Arbeiter- und Soldatenräte als Grund- und Eckstein der Republik gefestigt haben“.¹²⁹ Später, nach der Beschlagnahme der Waffen in Mügeln, erklärte der Arbeiter- und Soldatenrat, daß anlässlich der Wahlen zur Nationalversammlung „keine Gewalttätigkeiten geduldet und etwa vorkommende Unruhen von Sicherheitstruppen sofort unterdrückt werden“.¹³⁰ In einer Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates mit von Thümmel,¹³¹ drei Tage vor der Wahl, versicherten Kimmich und Rostek, Ruhe und Ordnung zu wahren, die Wachmannschaften am Wahltag bereitzuhalten und verstärkten Patrouillendienst in der Stadt einzurichten.

Drei Wahlen fanden kurz hintereinander statt: Die Wahlen zur Nationalversammlung am 19.1.1919¹³² (einen Tag nach Beginn der Friedensverhandlungen in Versailles), die Volkskammerwahlen¹³³ für das Land Sachsen am 2. 2. und die Neuwahl der Gemeindevertretung der Stadt Pirna am 9.2.1919.

¹²⁴ L 58.

¹²⁵ Tatsachen des folgenden Abschnittes hauptsächlich aus dem „Pirnaer Anzeiger“.

¹²⁶ Stadtarchiv Pirna, B III-XXXI, 1, Bl. 45.

¹²⁷ Tonband-Protokoll II.

¹²⁸ Tonband-Protokoll II.

¹²⁹ SLHA, Kreishauptmannschaft Dresden, Nr. 222, Bl. 69.

¹³⁰ L 56.

¹³¹ SLHA, Kreishauptmannschaft Dresden, Nr. 222.

¹³² Die Wahlen zur Nationalversammlung brachten im Reich eine bürgerliche Mehrheit (16,4 Millionen bürgerliche gegen 13,7 Millionen SPD- und USPD-Stimmen).

¹³³ Die Volkskammerwahlen in Sachsen ergaben eine USPD-SPD-Mehrheit (1,24 Millionen gegen rund 900 000 bürgerliche Stimmen).

Bei allen drei Wahlen ergaben sich in der Stadt Pirna bürgerliche Mehrheiten.¹³⁴

	USPD	SPD	Zus.	Bürgerl.
Nationalversammlung	1518	2325	3843	5344
Volkskammer Sachsen	1781	1791	3572	4435
Gemeindevertr. Pirna	1634	1131	2765	4252

Das Verhältnis zwischen USPD- und SPD-Stimmen entspricht bei den ersten beiden Wahlen nicht den tatsächlichen Gegebenheiten. Ein großer Teil der revolutionären Arbeiter folgte der Parole der Nichtbeteiligung an der Wahl, und so verringerte sich die Stimmenzahl der USPD gegenüber der SPD, obwohl diese keinesfalls einen so großen Einfluß hatte wie die USPD. (Das geht auch aus späteren Wahlergebnissen hervor.) Die USPD-Stimmen waren fast restlos Stimmen der Arbeiter aus den Betrieben.

Klarer ist das Bild bei der Gemeindevertreterwahl, wo auch Persönlichkeiten eine größere Rolle spielten als z. B. bei den Nationalversammlungswahlen. Einige Mitglieder der KPD, wie Emil Schlegel, Maximilian Thalheim und Karl Winkler, wurden auf den Wahlvorschlag 4 der USPD gesetzt und somit in die neue Stadtverordnetenversammlung gewählt, die sich durch Ortsgesetz vom 19.12. von 24 auf 30 Gemeindevertreter vergrößerte.¹³⁵

Mit den Wahlen wurde ein entscheidender Schritt zur bürgerlich-parlamentarischen Demokratie getan.¹³⁶ Der Verrat der rechten Führer der Sozialdemokratie und das Schwanken, Zögern der Unabhängigen ebneten der Bourgeoisie und der bewaffneten Konterrevolution, die unter Kapp bereits 1920 ihr Haupt erhob, den Weg. Aber noch lebte in den Massen der Wille zum Sozialismus, noch waren die Abwehrkämpfe des Proletariats nicht abgeschlossen.

Der Arbeiter- und Soldatenrat in Pirna bis zur Besetzung der Stadt am 24. 3. Der Generalstreik am 24. 2. - Fragen der Sozialisierung

Als Unterlagen der Tätigkeit des Arbeiter- und Soldatenrates bis Anfang Februar liegen nur noch drei Berichte der Pirnaer Volkszeitung über die Großen Ratssitzungen vom 23. 1., 28. 1. und 4. 2. vor.¹³⁷ Da die Lückenhaftigkeit der Quellen eine richtige Einschätzung aller Vorgänge und Zusammenhänge verhindert, sollen nur einige bemerkenswerte Einzelheiten festgehalten werden.

So besprach der Rat z. B. die Arbeitsverhältnisse in den Betrieben. Den Unternehmern behagte es nicht, den in ihren Betrieben beschäftigten Arbeitern die Unkosten für die Teilnahme an den Ratssitzungen zu vergüten. Der Vorstand der Ortsgruppe Pirna des „Verbandes der Sächsischen Industriellen“ reichte eine diesbezügliche Eingabe an das Ministerium ein. - Interessant ist auch die Tatsache, daß die vom Ausland eingeführten Lebensmittel so teuer waren, daß sie von der arbeitenden Bevölkerung nicht gekauft werden konnten. (Ein Ztr. amerikanischer Roggen kostete 100 Mark, ein Brot würde dann 3 Mark gekostet haben).

Ferner wurde allgemein festgestellt, daß in der revolutionären Bewegung eine Stagnation eingetreten ist. In Bezug auf die Tätigkeit der Arbeiterräte in den Betrieben kam man jedoch zu dem Schluß, daß sie sich ihrer Pflicht bewußt seien. Aber nicht die Lohnhöhe allein, sondern nur der Kampf um die Besserung der Arbeitsbedingungen könnten den Fortschritt bringen. Kimmich brachte zum Ausdruck, „daß die Arbeiterschaft keine Ursache habe, schon jetzt auf den Lorbeeren auszuruhen, ... sie habe ... die Pflicht, das Wenige, was durch die Revolution erungen sei, zu festigen und auszubauen, sonst könne sie sich ruhig begraben lassen. Die nur viel zu gut bekannten Kräfte trieben schon wieder ihr Spiel, die Arbeiterschaft zu knechten und zu knebeln“. Absichten, den Achtstundentag wieder zu beseitigen, seien schon zu erkennen. Er betonte, daß die Gegensätze zwischen Arbeitern und Unternehmern unüberbrückbar seien. Der Umstand, daß die Arbeiterräte den Unternehmern unbequem sind, wäre der beste Beweis dafür, daß sie sich auf dem richtigen Wege befinden. Er brandmarkte die Gewerkschaften wegen ihrer Interessengemeinschaften mit dem Unternehmertum. Kimmich krönte diese Gedankengänge in der Sitzung am 4. 2. mit einem Referat über die Frage „Was ist Kommunismus?“ Besonders wichtig ist darin die Einsicht Kimmichs, daß es ein Fehler gewesen war, die Träger der alten Regierung „in die Revolution zu übernehmen“. Jetzt habe sich die Reaktion gekräftigt und werde alles versuchen, sich durchzusetzen.

Ende Februar erreichte die wirtschaftliche Notlage in Deutschland ihren Höhepunkt. Eine neue mächtige Streikwelle, die vom rheinisch-westfälischen Industriegebiet ausging (17. 2. Anfang des Generalstreiks im Ruhrgebiet), erfaßte das ganze Land und schlug überall in politische, z. T. bewaffnete Kämpfe um. Am 24. 2., drei Tage

¹³⁴ Zahlen: Stadtarchiv Pirna.

¹³⁵ Zusammensetzung: 7 USPD (Schirmer, Rostek, Schlegel, Thalheim, Anna Winkler, Karl Winkler, Lüttig), 5 SPD, 10 DDP, 8 Bürgerliche Vereinigung. Erste Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums am 18. 2.: Ein Fabrikbesitzer Kaufmann wurde zum Vorsteher gewählt (!). Bürgermeister der Stadt Pirna wurde nach dem Tode von Stark (5. 1. 1919) und nach dessen Vertretung durch Stadtrat Scheufler vom 3. 5. 1919 an Dr. Gaitzsch.

¹³⁶ Am 6. 2. wurde die Nationalversammlung in Weimar eröffnet (ein Beweis, daß die SPD-Regierung das Berliner Proletariat noch fürchtete), am 11. 2. Ebert zum Reichspräsidenten gewählt und am 12. 2. die Regierung Scheidemann gebildet.

¹³⁷ L 58/59.

nach der Ermordung Eisners,¹³⁸ begann der Generalstreik in Mitteldeutschland. Auch die Kommunistische Partei in Pirna rief zum Streik auf, der an diesem Tage machtvoll einsetzte¹³⁹ und sämtliche Betriebe, d. h. praktisch alle Arbeiter erfaßte. Selbst der „Pirnaer Anzeiger“ konnte an diesem Tage nicht erscheinen. Höhepunkt war zunächst eine Massenkundgebung in Pirna mit 4000-5000 Arbeitern, auf der Kimmich das Wort nahm. Er verurteilte die Morde an den Führern der deutschen Arbeiterklasse, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Kurt Eisner, und entlarvte die Politik der Nationalversammlung. Nach der Kundgebung holten die Massen Otto Rühle vom Bahnhof ab (gegen 13 Uhr) und demonstrierten durch die Stadt. Abschließend sprach Rühle: Die jetzige Regierung sei nur ein Abklatsch der alten. So wie früher seien Ebert und Scheidemann Marionetten des Großkapitals. Aber die Arbeiter kämen immer mehr zur Erkenntnis, daß nur der Kommunismus die einzig richtige Gesellschaftsordnung sei. Er rief die Arbeiter auf, wenn sie zur großen Abrechnung gerufen würden, denselben Mut zu zeigen wie im Felde. Damals hätten sie nur für die Großkapitalisten gekämpft, jetzt führten sie den Kampf für ihre eigenen Interessen.

Den Höhepunkt erreichte die Streikwelle am 3. 3. in Berlin. Die Regierung verhängte auf den Generalstreikbeschluß hin den Belagerungszustand. Wieder kam es zu bewaffneten Kämpfen, denen rund 1200 Menschen zum Opfer fielen.

Abschließend ist es notwendig, noch eine entscheidende Frage zu stellen, deren Beantwortung Schlußfolgerungen zuläßt über den ideologischen Reifegrad der revolutionären Kräfte in Pirna; vor allem: welche Vorstellungen hatten die Pirnaer Arbeiter vom Sozialismus?

Zunächst muß man sagen, daß sich die Arbeiter vor der Revolution praktisch wenig mit Fragen der Sozialisierung von Banken, Versicherungen, Bergbau und Industrie befaßt hatten. Nach dem 9. November bestand infolgedessen keine klare Meinung über den Weg zum Sozialismus. Die bewußtesten Parteimitglieder erkannten, daß die Arbeiterklasse die politische Macht ergreifen muß, um die Voraussetzungen für den Aufbau des Sozialismus zu schaffen. Wie es dann weitergehen soll, war ihnen unklar. So befinden sich in der Rede Kimmichs keine Gedanken über solche Maßnahmen wie die Enteignung der Kapitalistenklasse, die Überführung der Produktionsmittel in die Hände des Volkes. Der Berichterstatter hätte sie wahrscheinlich festgehalten.

Die Parteiveteranen Rohnstock, Klett, Ramm und Wehner¹⁴⁰ berichteten, daß viele Arbeiter auf die Sozialisierungsparolen der rechten Sozialdemokraten hereinfließen und auf Anweisungen von oben warteten oder solchen Unternehmerparolen folgten wie: Nur die Arbeit kann uns retten! Einen Trümmerhaufen können wir nicht sozialisieren!¹⁴¹ Manche waren der Meinung, daß (z. B. gemäß der irreführenden Kundgebung der Regierung über Sozialisierung vom 5. 3.)¹⁴² nur Kohle und einige andere Grundstoffe sozialisiert werden könnten, in Pirna daher nichts zu „sozialisieren“ sei. Ja es gab sogar die Ansicht, daß der Zentralverband der Konsumgenossenschaft Grundlage für eine Sozialisierung sein könne oder daß es genüge, eine Einkaufszentrale zu schaffen, die von der Exekutive des Arbeiter- und Soldatenrates gelenkt, an Stelle des privaten Handels die Versorgung der Bevölkerung in die Hand nehmen müsse.

Trotz dieser Unklarheiten versuchten auch in Pirna die revolutionärsten Arbeiter - im Arbeiter- und Soldatenrat und in den Betrieben - Schritte einzuleiten, um den Sozialismus zu errichten. So besprach die Exekutive des Arbeiter- und Soldatenrates (nach einem Bericht von Karl Winkler) Fragen der Sozialisierung wiederholt. Aufforderungen gingen an die Betriebe, sich mit dem Problem zu beschäftigen. Gut besuchte Versammlungen fanden statt, in denen auch Kimmich sprach. Einmal wurde sogar ein Rechtssozialist, der den Arbeitern weismachen wollte, daß sie nicht fähig seien, die Betriebe zu übernehmen, von der Bühne getrieben. Bereits am 15. 1. signalisierte die Amtshauptmannschaft dem Arbeits- und Wirtschaftsministerium, daß der Arbeiter- und Soldatenrat beschlossen habe, „die hiesigen größeren gewerblichen Unternehmen noch im Verlaufe dieser Woche zu sozialisieren“. Der Boden sei dafür in Pirna reif. Auch die Waffen, um den Plan nötigenfalls mit Gewalt durchzuführen, seien bereits aufgespeichert. Als wahrscheinlichster Tag wird der 18. 1. angegeben.¹⁴³

Am 14. 3. erließ der Exekutivausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates eigenmächtig die Aufforderung an die Betriebe, bis zum 28. 3. neue Betriebsarbeiterräte zu wählen und einen Bezirksarbeiterrat zu bilden. Das Arbeitsministerium protestierte, aber der Arbeiter- und Soldatenrat gab nicht nach und forderte die Arbeiter am 18. 3. erneut auf, die Wahlen restlos durchzuführen.¹⁴⁴ Zweck dieser Maßnahme war es, den revolutionären Bezirksarbeiterrat später an die Stelle der AHM treten zu lassen und somit den Unterbau für eine kommende Räterepub-

¹³⁸ Kurt Eisner (USPD) wurde am 8. 11. Ministerpräsident und Außenminister der Bayrischen Republik. Er verhinderte zwar auch eine Weiterführung der Revolution, ließ sich aber nicht zum aktiven Förderer der Konterrevolution gebrauchen (Beyer). Er widersetzte sich der Durchführung von Wahlen zur Nationalversammlung. Am 21. 2. wurde er von dem Offizier Graf Arco-Valley, einem typischen Militaristen, ermordet.

¹³⁹ SLHA, Kreishauptmannschaft Dresden, Nr. 222, Bl. 78, 79, 80.

¹⁴⁰ Tonband-Protokoll I.

¹⁴¹ Die Ortsgruppe des Verbandes Sächsischer Industrieller führte am 22. 3. eine Versammlung im „Schwarzen Adler“ durch, wo die Parole ausgegeben wurde: Nicht das Sozialisieren, sondern das Produzieren muß für die nächste Zeit Aufgabe sein.

¹⁴² „Der Sozialismus ist da. Das Kohlensyndikat wird sofort sozialisiert. . . Die Sozialisierung des Kalibergbaus ist in schleunigster Vorbereitung . . .“ (Pirnaer Anzeiger). Schon am 19. 1. beschloß das sächsische Gesamtministerium einen Gesetzentwurf zur Verstaatlichung und Sozialisierung der sächsischen Kohlenindustrie auszuarbeiten. (Pirnaer Anzeiger).

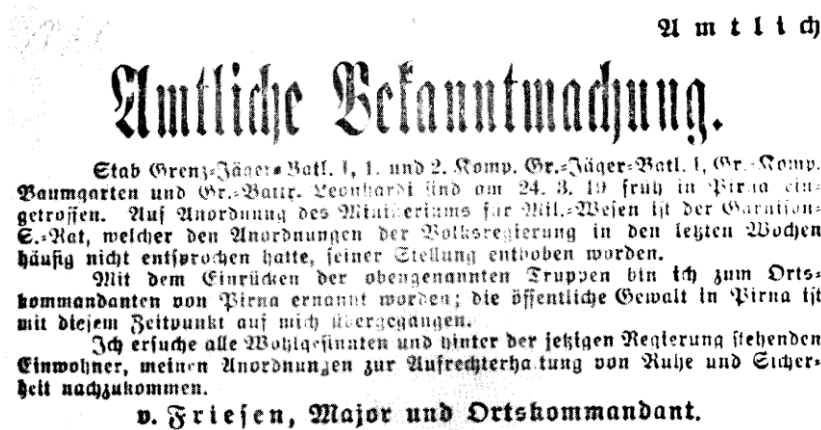
¹⁴³ SLHA, Kreishauptmannschaft Dresden, Nr. 222, Bl. 65.

¹⁴⁴ L 60.

lik zu bilden, wobei man gleichzeitig die Sozialisierung, und zwar mit dem Stahlwerk, beginnen wollte.¹⁴⁵ Es dürfte klar sein, daß eine Realisierung solcher Pläne, die vom revolutionären Willen der fortschrittlichen Genossen Pirnas Zeugnis ablegten, in dieser Zeit und vielleicht nur im Raum der AHM Pirna nicht möglich war. Die Unternehmer reagierten auf den revolutionären Versuch des Arbeiter- und Soldatenrates sofort. Am 15.3. berichtete der Stadtrat an das Ministerium: „In Industriekreisen herrscht große Sorge wegen der Art und Weise, in der der hiesige Arbeiterrat die Sozialisierungspläne der Kommunisten zu verwirklichen sucht.“ Nähere Angaben hierüber würde der Vorsitzende des Bundes der Industriellen, Herr Fabrikbesitzer Riedel, machen können.¹⁴⁶

Riedel war Direktor der Elbtalzentrale und Vorsitzender der OG Pirna des „Verbandes Sächsischer Industrielier“. Er wurde bei der Amtshauptmannschaft vorstellig, erklärte, daß er sich weigere, die Bekanntmachung des Arbeiterrates über die Durchführung der Wahlen auszuhängen und forderte die Regierung auf, die „ungesetzlichen Maßnahmen“ des Arbeiter- und Soldatenrates zu verhindern.¹⁴⁷

Die sächsische „Volksregierung“ veranlaßte, zweifellos im Zusammenhang auch damit, die militärische Besetzung der Stadt Pirna. Am 24. 3. gegen 4 Uhr früh zogen die Truppen ein, die neben MG-Fahrzeugen sogar eine Batterie schwerer Haubitzen mit 2 Geschützen und 12 schwere Minenwerfer mitführten. Am Kohlberg gingen die Minenwerfer in Stellung und auch die übrigen Höhen sowie die Elbbrücke wurden besetzt. 25 ausgesuchte Leute (Offiziersstellvertreter, Feldwebel und Unteroffiziere) begaben sich nach dem Volkshaus und lösten den Soldatenrat und die Sicherheitswache auf. Major v. Friesen übernahm die öffentliche Gewalt in Pirna und erließ die in Fotokopie wiedergegebene „Amtliche Bekanntmachung“.¹⁴⁸ Den Gewaltakt der Regierung muß man natürlich als eine Provokation einschätzen, darauf berechnet, die Pirnaer Arbeiter herauszufordern. Es ist klar, daß eine Verteidigung der Stadt nur ein Blutbad angerichtet, aber nicht zum Erfolg geführt hätte.



Am 25. 3. versammelten sich 500-600 Personen zu einer Protestkundgebung auf dem Reitbahnplatz,¹⁴⁹ wo Rühle die Arbeiter aufforderte, sich die Besetzung Pirnas nicht gefallen zu lassen. Am Montag seien 43 und am Dienstag etwa 15 Mann von den Regierungstruppen zur Kommunistischen Partei übergegangen. Am 27. 3. berichtete der Stadtrat, daß die USPD und KPD empört seien über die Verhängung des Belagerungszustandes und die Erklärung des Standrechts. Der Generalstreik sei beschlossen, aber nur in einem Teil der Betriebe durchgeführt worden. Der Stadtrat äußerte die Meinung, daß „nur schleunigste Gründung von Bürgerräten Vorgänge wie in München und in Dresden verhindern.“¹⁵⁰ Ein Flugblatt des Arbeiterrates, das kurz nach dem militärischen Überfall erschien, gab eine im wesentlichen richtige und klare Einschätzung der Lage.¹⁵¹ Die revolutionäre Periode des Arbeiter- und Soldatenrates ist nach dem März 1919 zu Ende, seine weitere Tätigkeit braucht hier nicht genauer dargestellt zu werden. Er wurde endgültig am 21. 6. 1920 aufgelöst.

Wie ist seine Tätigkeit, seine Entwicklung insgesamt zu werten?

Der Arbeiter- und Soldatenrat ließ zunächst wie in vielen anderen Städten und Gemeinden den örtlichen Staatsapparat unangetastet. Es bestand eine Art Doppelherrschaft: Arbeiter- und Soldatenrat einerseits, Stadtorgane und AHM, die sich formal dem Arbeiter- und Soldatenrat unterordneten, die ihm die politische Gewalt überließen und unter dem Eindruck der revolutionären Entwicklung mehr oder weniger Unterwürfigkeit heuchelten, andererseits. Dank der revolutionären Haltung der führenden Ratsmitglieder

¹⁴⁵ SLHA, Kreishauptmannschaft Dresden, Nr. 222, Bl. 84.

¹⁴⁶ Stadtarchiv Pirna, B III-XXXI, 1, Bl. 68.

¹⁴⁷ SLHA, Kreishauptmannschaft Dresden, Nr. 222, Bl. 84

¹⁴⁸ L 60, 63.

¹⁴⁹ SLHA, Kreishauptmannschaft Dresden, Nr. 222, Bl. 90.

¹⁵⁰ Stadtarchiv Pirna, B III-XXXI, 1, Bl. 73.

¹⁵¹ L 61.

versuchte der A.- und S.-Rat dieses Kräfteverhältnis immer mehr zu seinen Gunsten zu verändern, die reale Macht immer stärker auszuüben. Er stieß dabei auf den Widerstand der Ortsbehörden, deren Rückgrat durch die opportunistische Politik von oben in zunehmendem Maße gestärkt wurde. Amtshauptmann von Thümmel faßte in dem bereits oben genannten Geheimbericht an das Arbeits- und Wirtschaftsministerium die „Meinungsverschiedenheiten“ mit dem A.- und S.-Rat sehr gut zusammen:

1. Der A.- und S.-Rat erhob Anspruch darauf, die Ortsgesetze zu genehmigen.
2. Der A.- und S.-Rat führte „eigenmächtige“ Beschlagnahmungen und Durchsuchungen durch.
3. Er gab gleichfalls „eigenmächtig“ (mit Verordnungscharakter) Bekanntmachungen heraus (z. B. über Entschädigungen der Arbeiter, die an den A.- und S.-Ratssitzungen teilnehmen, durch die Betriebsunternehmer).
4. Er verlangte die Beflagung mit roten Fahnen.
5. Er betrieb „kommunistische Propaganda“.

Aber das hat v. Thümmel vergessen:

6. Er versuchte gegebenenfalls über die Sicherheitswehr hinaus die Arbeiter zu bewaffnen.
7. Er unternahm im März einen (natürlich von vornherein aussichtslosen) Versuch, durch revolutionäre Betriebsräte seine Macht in Pirna zu verbreitern und (wahrscheinlich!) die Sozialisierung in Angriff zu nehmen.

Diese „Meinungsverschiedenheiten“ zeugen klar vom revolutionären Willen des Arbeiter- und Soldatenrates, seinem Versuch, die reale Macht zu erobern.

Warum mußte es bei dem Willen bleiben?

Erstens, weil man „oben“ keine Räterepublik errichten wollte, sondern eine bürgerlich-parlamentarische Republik und zu diesem Zweck eine Politik der zunehmenden Entmachtung und des An-die-Wand-Drückens der Räte betrieb (der Arbeiter- und Soldatenrat Pirna kämpfte aussichtslos gegen diese Politik im Reichs- und Landesmaßstab) und zweitens, weil auch die Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates subjektiv noch keine klare Vorstellung vom Sozialismus und den Mitteln zu seiner Herbeiführung haben konnten. Zudem verfügten sie über wenig oder gar keine revolutionäre Erfahrung.

Das Fehlen einer wirklich zur Revolution entschlossenen Partei war der entscheidende große Mangel, der auf Schritt und Tritt beim Studium des gesamten Materials immer wieder klar wird.

Die Mitglieder des Arbeiterrates z. B. waren meist einfache Arbeiter mit Klassenbewußtsein, Tatkraft und mehr oder weniger revolutionärem Elan (nur Kimmich war Gewerkschaftsangestellter). Ihre politische Haltung in dieser bewegten Zeit beruhte im wesentlichen auf einer instinktiv richtigen Einschätzung der Lage, wobei der anarchistische Einfluß Rühles eine große Rolle spielte.

Rühle verstand es, auf Grund seiner intellektuellen und rednerischen Fähigkeiten, einen großen Teil der revolutionären Arbeiter unseres Kreises für sich einzunehmen. Viele sahen in ihm einen Dresdner oder auch Pirnaer Karl Liebknecht, besonders wegen seiner Haltung während des Krieges. Die Rühle-Gruppe befand sich jedoch schon während der Periode der Novemberrevolution auf einem gefährlichen, für die Arbeiterbewegung verderblichen Weg. (Austritt aus dem „Vereinigten rev. Arbeiter- und Soldatenrat“ Dresden, Nichtbeteiligung an den Wahlen und an parlamentarischen Körperschaften usw.) führten zur Zersetzung und Spaltung der Partei und wirkten sich äußerst schädlich auch auf viele Heidenauer und Pirnaer Arbeiter aus, die dadurch in anarchistisches Fahrwasser gerieten. Erst unter dem Einfluß Fritz Heckerts und Siegfried Rädels konnte später im Raum von Pirna das Rühlesche Gedankengut überwunden werden.

Es dauerte Jahre, bis die junge, noch unerfahrene Kommunistische Partei, die ihrer bedeutendsten Führer wie Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg beraubt war, die ultralinken Kinderkrankheiten überwunden hatte.

Das muß man entscheidend berücksichtigen. Um so höher ist die Leistung dieser Männer und Frauen einzuschätzen. Die Tätigkeit vor allem des Pirnaer Arbeiterrates gehört zu den besten Traditionen der Pirnaer Arbeiterbewegung.

Die Arbeit des Arbeiter- und Soldatenrates und der Versuch seine Macht zu festigen wurden natürlich auch erschwert durch solche Vorgänge wie den Putschversuch des Soldatenrates oder die kolossale Kleinarbeit, die die Meisterung eines so schwierigen Problems, wie es damals die Frage der Versorgung der Bevölkerung mit den notwendigsten Lebensmitteln war, verlangte. Zweifellos ist die Arbeitskraft der führenden Leute zum Teil mit Kleinarbeit aller Art aufgerieben worden. Auch die zum Teil geschickte Taktik und das Verhalten so ausgekochter und geschmeidiger Verwaltungsmenschen wie der von Thümmel, Stark und Scheufler, die den Arbeiter- und Soldatenrat auf das glatte Parkett alter und neuer Paragraphen führen wollten, muß man mit in die Waagschale werfen. Dazu kommt die mit außerordentlichem Druck einsetzende Wahlpropaganda der bürgerlichen Parteien, die sich in der Freiheit von Eberts Gnaden ungehindert austoben konnten. Die SPD scheint jedoch in Pirna (und das wird durch Aussagen von Parteiveteranen erhärtet) kaum einen überragenden Einfluß gehabt zu haben. Dominierend war vor allem in den Betrieben die USPD. Über die Haltung der Arbeiter in den Betrieben selbst kann zusammenfassend keine genaue Analyse gegeben werden, da hierzu noch zu wenig Untersuchungen angestellt wurden. Das gilt auch für die Betriebsarbeiterräte. Der Versuch, ein Bündnis mit den Landarbeitern und armen

Bauern herzustellen, wurde wahrscheinlich nie, zumindest nicht mit Erfolg gemacht. Quellen gibt es darüber nicht. Auch hier spiegelt sich ein Hauptmangel der Novemberrevolution im örtlichen Maßstab wider. Zusammenfassend muß man auch in Beziehung zum Pirnaer Arbeiter- und Soldatenrat sagen: Er bestand im wesentlichen neben der kapitalistischen Staatsmacht, konnte aber nicht dazu übergehen, den kapitalistischen Staatsapparat zu säubern und im weiteren Prozeß zu zerschlagen. Dazu reichten die Kräfte der Arbeiter nicht.

Fazit Die Novemberrevolution in Deutschland

Die Arbeiterklasse in Deutschland verfügte weniger über revolutionäre Erfahrungen als vielmehr über Erfolge im parlamentarischen Kampf der Zeit vor 1914. Die Führung der SPD hatte kraft ihrer eingeschliffenen Organisiertheit den größten Einfluß auf die Arbeiterklasse. An der Spitze der USPD befanden sich opportunistische, schwankende Führer, und der Spartakusbund, der der USP organisatorisch angeschlossen war, besaß mit seinen Führern Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zwar im allgemeinen die richtige Einsicht in den Gang der Entwicklung und zeigte, in allen revolutionären Kämpfen ein außerordentliches Maß von Kühnheit und unerschütterlichem Glauben an den Sieg der gerechten Sache, hatte jedoch die schon oben genannten Mängel noch nicht überwunden und besaß noch keinen starken Rückhalt in der Arbeiterklasse.

Das geschickte Verhalten der Bourgeoisie unmittelbar nach dem 9. November, die Formierung der Konterrevolution vom ersten Tage der Revolution an, der ungeheuerliche Verrat der Ebertisten, die das Bündnis mit den reaktionärsten Kräften Deutschlands gegen die Arbeiter eingingen und diese mit scheinrevolutionären Phrasen von angeblicher Sozialisierung und parlamentarischen Illusionen zu nähren versuchten, lähmte jedoch die weitere revolutionäre Entwicklung.

Die Revolution beseitigte die Monarchien in Deutschland, förderte die parlamentarisch-demokratische Republik zutage, ermöglichte eine bürgerlich-demokratische Verfassung, brachte eine Reihe sozialer Fortschritte für die Arbeitenden. Aber: „Der Kaiser ging, die Generale blieben!“ – und nicht nur sie. Der ganze alte Machtapparat blieb erhalten: die Justiz, die Polizei, das kaiserliche Militär, vor allem sein Offizierskorps, die Ministerialbürokratie in Reich und Ländern usw. – Kräfte, die diese Republik nie voll akzeptierten.

Nachbemerkung

Die Arbeit wird in den Teilen, die die Pirnaer Vorgänge betreffen, fast unverändert wiedergegeben. Wertungen der 50er Jahre zum Charakter der Revolution und zu den durch sie vermittelten Lehren entsprachen damaligem Verständnis und oft verqueren zentralen Vorgaben und wurden deshalb ausgeblendet. Obwohl ich die Arbeiten einiger SPD-Historiker wie Heinrich August Winkler und Helga Grebing zum Gegenstand kenne, möchte ich mich ihnen dennoch ihren Wertungen der Revolution nicht nähern. Sie liegen mir zu sehr auf der Ebene von Rechtfertigungsversuchen für eine verfehlt Politik der SPD-Führung in der Novemberrevolution.

Archivmaterialien

Sächsisches Landeshauptarchiv:

1. Kreishauptmannschaft Dresden, Verfassungsänderungen 1918-20, Nr. 222
2. Amtshauptmannschaft Pirna, Arbeiter- und Soldatenrat, 1918-20, Nr. B5, Abt. III, Abschn. 3, Nr. 18
3. Amtshauptmannschaft Pirna, die monatlich an das Ministerium des Innern zu erstattenden Stimmungsberichte, 2 Bände, Nr. B 16, B 16 a

Stadtarchiv Pirna:

1. Sammelheft „Die Revolution in Pirna betr.“, angelegt von K. Löser (in den Fußnoten mit L bezeichnet)
2. Politische Umgestaltung 1918, Abt. XXXII, Nr. 1 – Neue Sign.: B III-XXXI, 1.
3. Protokolle der Stadtverordnetensitzungen 1918-19.
4. Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeindeangelegenheiten der Stadt Pirna auf die Jahre 1919, 1920 und 1921
5. Statistisches Jahrbuch für Sachsen 1921-23
6. „Pirnaer Anzeiger“, Oktober 1918 bis März 1919
7. Filmaufklärung, Abt. IT, Nr. 1085 B III-II, 576 Filmaufklärung 1917-1918
8. Demonstrationstreik 1917, P II, 1086/17 - B III-XXVI, 95.
9. Statistik über Streike 1899-1919, Abt. XXII, Nr. 5 – Neue Sign.: B III-XXI, 5

Übersicht über die verwendete Literatur

Barthel, Walter, Die Linken in der deutschen Sozialdemokratie im Kampf gegen Militarismus und Krieg. Berlin 1958.

Berger, Dr. Richard, Fraktionsspaltung und Parteikrisis in der deutschen Sozialdemokratie“. M.-Gladbach, 1916.

Beyer, „München 1919“, Berlin 1956.

Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd. 1 und 2, Berlin 1957 und 1958.

Die Märzkämpfe 1921, Berlin 1956.

Heilfron, Die deutsche Nationalversammlung 1919, Bd. 1.

Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution, Berlin 1929.

Lenin, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. 2, Moskau 1947.

Über Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung, Berlin 1957.

Mann, Berlin zur Zeit der Weimarer Republik. Berlin o. J.

Norden, Albert, Zwischen Berlin und Moskau. Berlin 1954.

Pieck, Wilhelm, Reden und Aufsätze. Bd. 1, Berlin 1950.

Rasmuss, Die Januarkämpfe 1919 in Berlin, Berlin 1956.

Schreiner, Albert, Zur Geschichte der deutschen Außenpolitik, Bd. I. Berlin 1952.

Spartakusbriefe. Berlin 1958

Zboralski: „Der erste Weltkrieg“, Berlin 1952.

Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands. Berlin 1960.

Ferner:

Stimmen zur Novemberrevolution

Sebastian Haffner:

Und ihre Söhne waren 1945 nicht mehr imstande, die Tat ihrer Väter von 1918 zu wiederholen. Ihre Enkel von heute wissen nicht einmal mehr von ihr. Die revolutionäre Tradition der deutschen Arbeiterschaft ist erloschen.

Und auch das deutsche Volk als Ganzes, einschließlich seiner bürgerlichen Schichten, die damals das Scheitern der Revolution mit begreiflicher Erleichterung und Schadenfreude begrüßten, hat für dieses Scheitern teuer bezahlen müssen: mit dem Dritten Reich, mit der Wiederholung des Weltkrieges, mit der zweiten und schwereren Niederlage und mit dem Verlust seiner nationalen Einheit und Souveränität. Alles das war in der Gegenrevolution, die die sozialdemokratischen Führer auslösten, schon keimhaft enthalten. Vor allem hätte ein Sieg der deutschen Revolution Deutschland bewahren können.

Noch heute gibt es viele Ebert-Deutsche, die jede Revolution »hassen wie die Sünde«; noch heute gibt es viele, die die Revolution von 1918 verleugnen wie einen Schandfleck der nationalen Geschichte. Aber die Revolution ist kein Schandfleck. Sie war - besonders nach vier Jahren Hunger und Ausblutung - eine Ruhmes-tat. Ein Schandfleck ist der Verrat, der an ihr verübt wurde.

Gewiß ist Revolution nichts, das man zum Vergnügen macht; gewiß gehört es zur Staatskunst, Revolution möglichst durch vorbeugende Reform zu vermeiden. Jede Revolution ist ein schmerzhafter, blutiger und schrecklicher Vorgang - wie eine Geburt. Aber wie eine Geburt ist jede gelungene Revolution zugleich auch ein schöpferischer, lebenspendender Vorgang.

Alle Völker, die eine große Revolution durchgestanden haben, blicken mit Stolz auf sie zurück; und jede siegreiche Revolution hat das Volk, das sie zustande brachte, für eine Weile groß gemacht: Holland und England im siebzehnten Jahrhundert ebenso wie Amerika und Frankreich im achtzehnten und neunzehnten und Rußland und China im zwanzigsten. Es sind nicht die siegreichen, es sind die ersticken und unterdrückten, die verratenen und verleugneten Revolutionen, die ein Volk krank machen.

Deutschland krankt an der verratenen Revolution von 1918 noch heute.

Evelyn Anderson (aus: „Hammer oder Amboß“, Frankfurt 1981):

„Im Januar 1919 begann in Deutschland [...] ein verkorkster, ein perverser Bürgerkrieg, in dem die sozialdemokratische Regierung reaktionäre und antidemokratische Offiziere herbeirief, um radikale Arbeiter zu unterdrücken, mit dem Ziel, Deutschland für die Demokratie zu sichern! Es war in jenen Tagen, dass Deutschland präpariert wurde für den schließlichen Sieg Adolf Hitlers.“

Klaus Landowsky (CDU) im Berliner Abgeordnetenhaus:

„Ich meine, dass der Tod von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ... ein objektiver, sicher nicht gewollter Beitrag war, die Weimarer Republik überhaupt erst zu ermöglichen.“ (Zwecklegenden S. 210)

Sebastian Haffner, Der Verrat:

„Der Streit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten geht auf die Zeit vor, während und nach dem ersten Weltkrieg zurück. Besonders die Mit-Inszenierung des Krieges durch einen Teil der SPD-Führung, die Bewilligung der Kriegskredite und die Aufrechterhaltung der ‚Heimatfront‘ haben zur Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung geführt.

Am Ende des Krieges setzte sich diese Politik der SPD-Führung im bodenlosen Verrat der Revolution und in der Zusammenarbeit mit den kaisertreuen und reaktionären Militärs fort. Man suchte und fand den Konflikt mit den revolutionär, aber überwiegend sozialdemokratisch orientierten Massen, um endlich ‚Ruhe und Ordnung‘ wiederherstellen zu können, wobei auch Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg den Tod fanden. Sie wurden ermordet – mit Wissen und Billigung des ‚Volksbeauftragten‘ Gustav Noske (SPD), wie heute bewiesen werden kann. Über kaum ein Ereignis der Zeitgeschichte wird so hemmungslos gelogen wie über die deutsche Revolution und deren Niederschlagung durch ihre berufenen Führer. Aber kein Ereignis ist für die spätere Entwicklung hin zur Nazi-Diktatur bedeutsamer. 1918/19 war die Frage nicht ‚Demokratie oder Diktatur‘, es ging vielmehr um die Entscheidung zwischen ziviler Gesellschaft und Barbarei.“

Haffner, Zwischen den Kriegen. Essays zur Zeitgeschichte. Berlin 1997. S. 10:

Eine Folge der gescheiterten Revolution war, dass die Ursachen für den ersten Weltkrieg im dunklen blieben und die Verantwortlichen nicht zur Rechenschaft gezogen wurden.